

„Parallelgesellschaft“

**stimme**  
von und für Minderheiten

## Der Kulturkampf um die Werte

Ich muss wohl einer handverlesenen Gruppe von zwar türkischsprachigen, aber integrieren „Neo-ÖsterreicherInnen“ angehören, die immer dann für die Medien eine unerlässliche Bedeutung erlangt, wenn die Republik Türkei wieder einmal etwas ausgefressen hat. So geschah es auch unlängst, als der türkische Film „Tal der Wölfe“ hierzulande anlief. Ich bekam den obligatorischen Anruf von einer ORF-Journalistin, die sodann ziemlich verwundert war zu erfahren, dass ich den Film gar nicht gesehen hatte, folglich nicht in ihrer Sendung darüber plaudern wollte. Ob ich es mir vorstellen könne, ihn mir am Wochenende doch anzuschauen, fragte sie in einem Ton, der mich zurück auf die Schulbank schickte. Ich verneinte und gab an, Wichtigeres für das Wochenende vorzuziehen.

Das Telefongespräch hinterließ zwei unzufriedene Menschen: eine wahrscheinlich enttäuschte Journalistin, die sicher unter dem Druck des schnellen Mediums stand, und einen Ex-Türken, der nun den ganzen Nachmittag lang über die Sinnhaftigkeit der Migration sinnieren würde. Zwei Menschen, die kein gemeinsames Interesse zusammengeführt hatte, sondern das gesellschaftliche Interesse an immer neuen „Waffen“ in einem – nicht nur medial geführten – Kampf, dessen Kontrahenten seit einiger Zeit feststehen: der Islam und der „Westen“.

Der marktlogisch schlaue gewählte Titel von Samuel Huntington gab zwar bereits in den 90er Jahren das Stichwort für den Dauerbrenner vor, der nun die weltpolitische Bühne beherrscht. Dennoch handelt es sich, wenn wir uns die Sache genauer ansehen, nicht um einen „Kampf der Kulturen“, sondern um einen *Kulturkampf*.

*Kulturkampf* ist ein historischer Terminus und bezeichnet bekanntlich die folgenschweren Auseinandersetzungen zwischen der katholischen Kirche und dem neu gegründeten Deutschen Reich unter Otto von Bismarck zwischen 1871 und 1878.

Es ging damals um die Säkularisierung, die Rolle der katholischen Kirche und des Jesuitenordens, die Zivilehe – aber ebenso um die polnischsprachigen Gebiete und das deutsche Nationalbewusstsein. Die Folge des Kulturkampfes war nicht nur die „glückliche“ Trennung von Staat und Kirche, er verstärkte vor allem den deutschen Nationalismus. Auch Gewalt fehlte darin nicht gänzlich, wurde doch etwa 1874 ein Attentat auf Bismarck verübt.

Das Wesentliche am Kulturkampf ist, dass er bei aller Einbeziehung „fremder Elemente“ wie Vatikan oder Polnischsprachiger ein „innerdeutscher“ Streit war. Trotz seiner universal anmutenden Polarisierung von Staat und Kirche bekämpften im Kulturkampf keine universellen Mächte einander. Es ging nicht um die Frage, wie etwa die Religionsfreiheit in der modernen Welt auszusehen habe. Die Frage war das neue Deutschland, seine Identität, seine kulturellen Grundlagen und seine sprachlich-ethnische Eigenart. Es handelte sich um einen Akt der *Neugründung* – auf dem Fundament der Nation und der Ideologie des Nationalismus.

Darin sehe ich eine wichtige Parallele zum heutigen Kulturkampf. Der Islam und seine „grausamen kulturellen Praktiken“ wurden nicht etwa in den 90er Jahren eingeführt. Auch die Politisierung des Islam ist kein neues Phänomen und wurde bekanntlich von den USA wie manchen europäischen Ländern seit Jahrzehnten eifrig unterstützt. Nein, wir erleben keinen Kampf zwischen zwei inkompatiblen Kulturen. Weder die edle Haltung des westlichen Weltbürgers, der sich plötzlich Sorgen um die Menschenrechte in den islamischen Ländern macht, noch der 11. September führten zum Clash. Wir haben es mit einem „innerwestlichen“ Akt der *Neugründung* zu tun. Ich meine nicht nur das neue Europa im Zuge der Unionisierung; auch nicht die „Integration“ jener Länder, die einst im Kalten Krieg die Quelle der Angst

und den wahren Feind darstellten. Sogar Migration und Immigrationsminderheiten bilden nur scheinbar den Schauplatz. Es geht um etwas Fundamentaleres: um die *Werte* des „Westens“, die trotz allseitiger Beteuerung weder eindeutig feststehen, noch unumkämpfte Normen darstellen.

Der brennende Wunsch, mit dem „Schluchzen des weißen Mannes“ (Pascal Bruckner) ob der eigenen kolonialistischen Vergangenheit endgültig aufzuhören, erscheint mir als die treibende Kraft im heutigen Kulturkampf. „Wir haben vieles, was im Namen der Kultur geschah und zugleich europakritisch war, bisher hingenommen, um nicht dem Vorwurf eines Neo-Kolonialismus ausgesetzt zu sein“, sagt uns der neue westliche Diskurs. „Jetzt ist es damit vorbei; wir müssen einen Schlussstrich unter die Geschichte ziehen und uns um die Gegenwart kümmern!“ Die *westlichen Werte* müssen also, nachdem sie u.a. durch den Kolonialismus einen erheblichen Schaden erlitten (und anderen zugefügt) hatten, nun wieder aufgewertet werden – damit sie die Grundlage für die nunmehr monopolare Welt bilden können. Das wieder erwachte Gerede von „unseren westlichen Werten, die universell sind“, ist der beste Beweis hierfür. Das offensichtlich Paradoxe in diesem Diskurs hat nachgerade System; denn wie kann man von einem ethischen Wert verlangen, universell zu sein, um im selben Atemzug die Besitzverhältnisse klarzulegen, dass es sich nämlich um „unseren“ Wert handelt? Relativ schwer – es sei denn, man befindet sich im Kulturkampf!

Einige Tage nach dem Anruf der ORF-Journalistin sah ich mir den – ebenfalls in der Türkei produzierten – Film „Babam ve Oğlum“ (Mein Vater und mein Sohn) an. Ein berührendes Werk, das zudem die politische Stimmung nach dem 12. September 1980, dem letzten Militärputsch in der Türkei, sehr gut wiedergibt, ohne dabei auf die Pauke zu hauen. Ich warte bis heute auf einen Anruf vom ORF oder von einer Zeitung, der mich zu einem Gespräch darüber einlädt. Vergebens.

Hakan Gürses

## impresum

STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt des Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*). Medieninhaber und Verleger: Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Klostersgasse 6, A-6020 Innsbruck; Herausgeber: Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-12, E-mail: office@initiative.minderheiten.at; Klostersgasse 6, 6020 Innsbruck, Tel. & Fax: 0512/586 783; Redaktion: Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-18, Fax: 586 82 17, E-mail: stimme@initiative.minderheiten.at. Chefredakteur: Hakan Gürses. Redaktionelle Mitarbeit: Hikmet Kayahan (hk), Gerald K. Nitsche (gkn), Vladimir Wakounig, Franjo Schruiff, Ursula Hemetek, Michael Örtl, Cornelia Kogoj, Beate Eder-Jordan, Gerd Valchars, Anita Konrad, Petra Pfisterer. Ständige AutorInnen: Erwin Riess, Kahlauer, mh, ede, M. Fürst. Fotoredaktion: Mehmet Emir. Zeichnungen: Andreas Ohrenschall, Hakan Gürses. Grafische Gestaltung: schultz+schultz-Mediengestaltung. Herstellung (Repro & Druck): Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Tarviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/50 566. Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck; Verlagspostamt: 6020 Innsbruck. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. Aboverwaltung: Vida Bakondy (Redaktionsadresse) E-mail: abo@initiative.minderheiten.at; Jahresabo (4 Hefte): € 20,- / für Vereinsmitglieder kostenlos.

Impresum	2
Die Parallelgesellschaft und ihre Feinde Radostin Kaloianov	4
Wider die Parallelgesellschaft Karl Michael Reiser	6
Identitätspolitik made in „Abendland“ Alev Korun	8
Biedermann und die Brandstifter von heute Brigitta Huhnke	9
Das Stahlwerk, die Kunst und die Emanzipation der Parallelwelt Erwin Riess	12
Passen Minarette nach Tirol? Michael Örtl	13
Vom Nebeneinander und Miteinander Udo W. Häberlin und Hannes Alkin	14
Zwischen Drahtzäunen keine Chance Elke Salomon	16
Interkulturelle Kompetenz gegen Ethnofalle Bernhard Perching	18
Die Vergangenheit lässt kaum jemanden los. Exilirakis in Österreich Thomas Schmidinger	19
Minderheit sichtbar machen. Behinderte Menschen, Barrieren und Diskriminierung Ursula Naue	20
Brief aus Istanbul Gerald Kurdoğlu Nitsche	22
Global Fire – Synthese von Theorie und Praxis Karin Bischof	23
Geschehen	24
Kulturen & Künste	25
Remapping Mozart	27
Tipps	28
Offenlegung	28
Kahlauers Tagebuch	31

Thema:  
„Parallelgesellschaft“

Seit einigen Jahren greift das Unwort „Parallelgesellschaft“ um sich – nicht nur in den Medien, sondern auch in der Sprache der Politik. Es will suggerieren, dass in den „westlichen“ Gesellschaften eine große (namentlich: aus islamischen Ländern zugewanderte) Bevölkerungsgruppe dazu neige, neben den landesüblichen Normen und Wertvorstellungen andere Werte und Lebensstile zu etablieren. Ein Großteil der islamischen Bevölkerung lebe somit in einer „Parallelgesellschaft“ mitten in Europa. Da aber die Lebensweise und die kulturellen Gepflogenheiten der „Parallelgesellschaft“ einen Widerspruch zu den „westlichen“ moralischen Prinzipien und Standards wie Gleichheit, Menschenrechte, Demokratie etc. darstellten, drohe eine große Gefahr.

Als Beispiele für die „Parallelgesellschaft“ wurden/werden nicht nur die „islamisch bedingte“ Unterdrückung von Frauen oder „Ehrenmorde“ in Deutschland und Österreich angeführt. Nach der Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo Van Gogh geisterte das Unwort genauso auf Chronik- und Feuilletonseiten wie jüngst nach den „Jugendkrawallen“ in Frankreich. Paradoxerweise wurde dabei sowohl das Versagen der „multikulturellen Utopie“ (etwa in den Niederlanden) als Ursache genannt,

wie auch das entgegengesetzte Konzept der „republikanistischen Assimilation“ (in Frankreich).

Ist „Parallelgesellschaft“ eine „harmlose“ Beschreibung des Ist-Zustandes in den europäischen Ländern? Oder dient das Wort auch der Verschleierung eines Faktums, nämlich des systematischen sozialen, kulturellen und politischen Ausschlusses der Einwanderungsminderheiten? Welche Beziehungen gibt es zwischen der gesellschaftlichen Segregation



und der „Parallelgesellschaft“ in historischer bzw. struktureller Hinsicht? Führt die aktuelle gesellschaftliche Dynamik tatsächlich zu „Parallelgesellschaft(en)“? Wenn ja: Wie ist diesem Phänomen Einhalt zu gebieten? Wenn nein: Kann diese Dynamik auch anders interpretiert werden?

Diesen und weiteren Fragen gehen die *thema*-AutorInnen dieses Heftschwerpunktes aus unterschiedlichen Blickwinkeln nach und kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

## remapping mozart

Heuer startete eine Gruppe von KuratorInnen, darunter langjährige MitarbeiterInnen bzw. KooperationspartnerInnen der *Initiative Minderheiten*, ein Projekt als Teil des WIENER MOZARTJAHRES 2006. Unter dem Titel „Verborgene Geschichte(n) – remapping Mozart“ gestalten und veranstalten sie bis Ende des Jahres eine Reihe von „Konfigurationen“ und „Interventionen“, die allesamt der Sichtbarmachung einer etwas anderen Geschichte Österreichs und Europas gewidmet sind: eine Geschichte von unten und von den Randbereichen der „modernen“ Gesellschaften, die sich just in der Lebenszeit des berühmten österreichischen Komponisten als solche zu formieren begannen.

Wir wollen Ihnen dieses Projekt, als dessen Trägerorganisation die *Initiative Minderheiten* fungiert, in dieser und den folgenden drei Heften des Jahres unter einer eigenen Rubrik vorstellen.

*In einer offenen Gesellschaft verkehren die unzähligen Parallelgesellschaften, die jene ausmachen, ständig miteinander. Sie kooperieren, kommunizieren oder konkurrieren miteinander. Mit anderen Worten verlaufen ihre Wege nicht parallel, sondern durchkreuzen einander stets und bilden so das Gewebe des sozialen Lebens. Wenn aber die Berührung der Parallelgesellschaften in einer offenen Gesellschaft ausbleibt, wird das Gewebe des sozialen Lebens langsam dem Absterben preisgegeben.*

## Die Parallelgesellschaft und ihre Feinde

Radostin Kaloianov

Genauso wie die „Offene Gesellschaft“ ein Feindbild für einige jenseits des Eisernen Vorhangs war, ist heutzutage die Parallelgesellschaft ein Feindbild für viele diesseits der Gläsernen Wand geworden. Mit dem Unterschied allerdings, dass die „Offene Gesellschaft“ Zufluchtsort für einige jenseits des Eisernen Vorhangs war, während die Parallelgesellschaft der Zufluchtsort für viele diesseits der Gläsernen Wand ist.

### Parallel- versus Mainstream-Gesellschaft

Offene Gesellschaften sind pluralistisch, weil sie offen für Veränderungen von innen und außen, für Zuwanderung und Auswanderung, für Reiselustige, für ihre Nachbarn sowie für die Bedürftigen dieser Erde sind. Die pluralistische Gesellschaft ist Gesellschaft im Plural. Sie toleriert und fördert die sozialen Unterschiede, um deren Kern zahlreiche Parallelgesellschaften und Quergesellschaften wirbeln können und die Textur der offenen Gesellschaft weben.

Übersetzt in die Sprache (parallel-)gesellschaftlicher Theorie der Gegenwart heißt dies, dass eine moderne offene und pluralistische Gesellschaft, als welche sich auch das heutige Österreich – nicht ohne Stolz auf die Beziehung zum Ideenvater der „Offenen Gesellschaft“ verweisend

– ausgibt, einfach aus einem Bündel an Parallelgesellschaften und Quergesellschaften besteht und dass die offene Gesellschaft im Singular zu den politischen Mythen gehört. So einfach ist aber der Zusammenhang zwischen offener Gesellschaft und Parallelgesellschaft nun wieder nicht. Denn es gibt ein Mehr und Weniger an Einbindung der Parallelgesellschaften im Gewebe der offenen Gesellschaft. So sind beispielsweise Großkonzerne, politische Parteien oder Fan-Gemeinschaften Parallelgesellschaften, an deren Existenz sich kaum jemand stößt. Viele der existierenden Parallelgesellschaften schweißen sich zu dem zusammen, was man die Mainstream-Gesellschaft nennt, während andere Parallelgesellschaften für immer auf der Schiene der Parallelgesellschaften verbannt bleiben.

Was schweiß den Großteil der Parallelgesellschaften einer offenen Gesellschaft zur Mainstream-Gesellschaft zusammen? Eine Antwort auf diese recht schwierige Frage kann sein, dass die Mitglieder der Mainstream-Parallelgesellschaften nicht denjenigen Einschränkungen, Benachteiligungen und Beeinträchtigungen ihrer sozialen Mitgliedschaft unterliegen, welche den sozialen Alltag der Mitglieder parallelgesellschaftlicher Parallelgesellschaften bestimmen. Allem voran sind die Mitglieder der Mainstream-Parallelgesellschaften nicht mit der Einschränkung konfrontiert, dass sie nicht Mitglieder von Parallelgesellschaften sein dürfen, ohne dass diese Zugehörigkeit automatisch als gesamtgesellschaftliches Problem angesehen wird. Ihnen ist die Zugehörigkeit zu nicht nur einer, sondern mehreren Parallelgesellschaften ohne Wenn und Aber gestattet. Das Privileg der Mitglieder der Mainstream-Parallelgesellschaften, diesen problemlos angehören zu dürfen, bleibt den Mitgliedern der anderen, parallelgesellschaftlichen Parallelgesellschaften durch die Politik und die Medien der Mainstream-Gesellschaft versagt.

### Die öffentliche Aufregung

Ist diese gesteigerte Sensibilität, um nicht

zu sagen: Feindseligkeit gegenüber Parallelgesellschaften nicht eine Neuausgabe der althergebrachten Kampfansage „Ausländer raus“?

Da den MigrantInnen in offenen Gesellschaften wie Österreich die Aufnahme und der Anschluss an die Mainstream-Gesellschaft verwehrt bleibt, zielt der politische und mediale Aufschrei gegen die Parallelgesellschaften darauf ab, die MigrantInnen von ihrem einzigen und letzten Zufluchtsort zu vertreiben. Weder dürfen die MigrantInnen in der Mainstream-Gesellschaft Fuß fassen, noch dürfen sie in einer Parallelgesellschaft Zuflucht finden. Und wenn die MigrantInnen weder zur Mainstream-Gesellschaft gehören, noch sich in einer Parallelgesellschaft niederlassen dürfen bzw. ihre Parallelgesellschaft nicht ins Bündel der Mainstream-Parallelgesellschaften aufgenommen ist, lautet die knappe Botschaft: Die MigrantInnen müssen einfach verschwinden. Mit anderen Worten entspringt die ganze Aufregung darüber, dass die MigrantInnen sich nach einer lebenserfüllenden und identitätsstiftenden sozialen Lebensform sehnen und diese (nachdem ihnen die Mainstream-Gesellschaft alle Aussichten darauf verwehrt) in ihren Parallelgesellschaften finden, eigentlich aus der Enttäuschung, nämlich dass den MigrantInnen – polemisch gesagt – kein qualvolles soziales Dasein zuteil wird bzw. dass sie nicht einfach die Bühne spur- und klanglos verlassen.

Mit der aufgewühlten öffentlichen Aufmerksamkeit auf die Parallelgesellschaften der MigrantInnen nimmt man den MigrantInnen übel, dass es sie noch gibt!

### Vom Opfer zum Täter

Das Übel der migrantischen Parallelgesellschaften umfasst aber mehr als dies. Mit dem „Problem“ der Parallelgesellschaften wird den MigrantInnen nicht nur übel genommen, dass es sie noch gibt, sondern darüber hinaus dass die MigrantInnen diskriminiert und segregiert werden. Wie das?

Die MigrantInnen werden vom Opfer, das – vertrieben durch Diskriminierung und Segregation aus der Mainstream-Gesellschaft – in den manchmal hermetischen Parallelwelten Zuflucht findet, zum Täter erklärt. Ihnen wird unterstellt, die Parallelgesellschaft, in der sie sich in einer Art selbstgewählter Gefangenschaft versperrt haben, mit einem dämonischen Gestaltungswillen aufgebaut zu haben. Den MigrantInnen wird eine gesellschaftsschöpfende Aktivität unterstellt; man weist auf die Parallelgesellschaft hin als das Ergebnis aktiver Bemühungen, wobei

vergessen wird, dass Parallelgesellschaften eine Reaktion auf die Notlagen der Diskriminierung und der Segregation sind, dass sie meist passive Abwehrmechanismen gegen die aktive Diskriminierung und Segregation darstellen.

Das Abstoßen und Ausgrenzen von MigrantInnen von der Mainstream-Gesellschaft ist nicht passive Verweigerung des Zutritts oder bloße Indifferenz, sondern nimmt des Öfteren die Gestalt aggressiven Austreibungswahns ein. Man will die MigrantInnen in den eigenen Parallelgesellschaften des sozialen Mainstreams nicht haben, sie sollen aber auch nicht in ihren migrantischen Parallelgesellschaften leben, denn diese werden als Widerstandsherde wahrgenommen, und man tauscht allzu leichtfertig die Zielobjekte dieses Widerstands aus. Anstatt einzusehen, dass dieser Widerstand von sozialer Diskriminierung und Segregation ausgeht, wird medienwirksam behauptet, dieser Widerstand sei eine Ablehnung der Integrationsangebote der Aufnahmegesellschaft. Dabei wird verschwiegen, dass der tatsächliche oder vermutete Widerstand eine Passivabwehr ist, dass die migrationsbedingten Parallelgesellschaften aus der Not und zur Ermöglichung eines gedeihlichen sozialen Lebens der MigrantInnen geboren wurden und nicht die Absicht tragen, die Aufnahmegesellschaft zum Sturz zu bringen. Dabei wird auch verschwiegen, dass die politisch mystifizierten Integrationsanstrengungen der Aufnahmegesellschaft bei weitem nicht ausreichen, den vorhandenen diskriminatorischen Strukturen, Institutionen, Rechtsnormen, öffentlichen Diskursen und Praktiken der Mainstream-Gesellschaft Paroli zu bieten. Man nimmt es den MigrantInnen samt deren Parallelgesellschaften übel, dass sie diskriminiert und segregiert werden und es dabei wagen, passiven Widerstand zu leisten.

### Das Schweigen der „Täter“

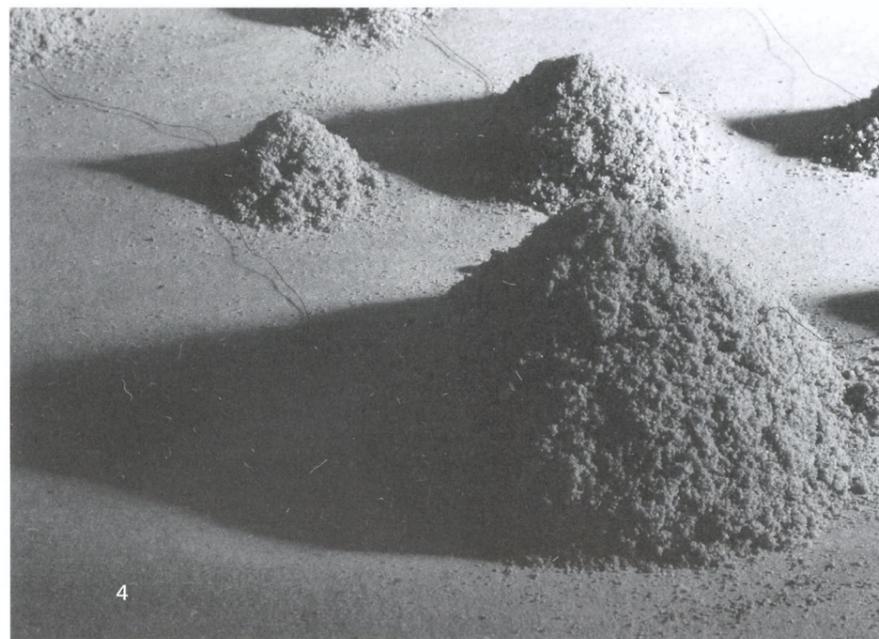
In den Augen ihrer Feinde begehen die migrantischen Parallelgesellschaften noch ein Vergehen. Nicht nur symbolisieren die migrantischen Parallelgesellschaften die Anwesenheit von MigrantInnen und ihren Widerstand gegen gesellschaftliche Strukturen und Praktiken, welche es auf deren Nicht-Existenz abgesehen haben, sondern verlieren die MigrantInnen auch kein Wort darüber, wie es ihnen geht und wogegen sich ihr passiver Widerstand richtet. Wenn jemand dich gar nicht sehen will, wirst du ihm nicht deine seelischen Probleme anvertrauen, sondern ihm einfach aus dem Weg gehen.

Doch den MigrantInnen wird auch diese trivialste Form der Selbstverfügung übel genommen.

Anstatt ihre Zufriedenheit mit dem Leben in der Aufnahmegesellschaft öffentlich kundzutun – so die Ansicht der Feinde migrantischer Parallelgesellschaften –, flüstern die MigrantInnen in ihren fremden Sprachen miteinander und gewähren niemandem Einblick in ihre Köpfe und Herzen. Wer weiß, was sich da zusammenbraut? Mehr noch – obwohl ihnen vieles übelgenommen wird, schweigen die MigrantInnen geduldsam über sich und über ihre Welt und versuchen sich nicht einmal für die ersteren zwei Übel, welche sie der Aufnahmegesellschaft ange-tan haben – dass es sie, die MigrantInnen, noch gibt und dass sie diskriminiert werden – zu entschuldigen.

Ernsthaft sollen sich über die Schweigsamkeit der MigrantInnen nicht nur die Feinde ihrer Parallelgesellschaften Sorgen machen. In einer offenen Gesellschaft verkehren die unzähligen Parallelgesellschaften, die jene ausmachen, ständig miteinander. Sie kooperieren, kommunizieren oder konkurrieren miteinander. Mit anderen Worten verlaufen ihre Wege *nicht parallel*, sondern durchkreuzen einander stets und bilden so das Gewebe des sozialen Lebens. Wenn aber die Berührung der Parallelgesellschaften in einer offenen Gesellschaft ausbleibt, wird das Gewebe des sozialen Lebens langsam dem Absterben preisgegeben.

Also muss man sich ernsthaft Gedanken darüber machen, warum die MigrantInnen wenig Gelegenheiten, Anlässe und Motive haben, mit der Aufnahmegesellschaft Kontakt aufzunehmen. Vor allem muss man sich wirklich Klarheit darüber verschaffen, ob es wirklich die MigrantInnen sind, die die wenigen Gelegenheiten, Anlässe und Motive, ihre Parallelgesellschaften in Kommunikation mit der Mainstream-Gesellschaft zu bringen, nicht aufgreifen oder ob umgekehrt die Mainstream-Gesellschaft den MigrantInnen überhaupt Gelegenheiten, Anlässe und Motive zur Kontaktaufnahme und Kommunikation bietet. Bevor die Feinde der Parallelgesellschaften es den MigrantInnen übel nehmen, dass sie nicht kommunizieren wollen oder können, sollten sie die eigene Kommunikationswilligkeit und -fähigkeit unter die Lupe nehmen. Wie überhaupt in Anlegenheiten der Parallelgesellschaften beim Fragen die Antworten nicht vorweggenommen werden sowie vor dem Übelnehmen zuerst das Ernstnehmen und vor dem Reden und Handeln zuerst das (Mit-)Denken und (Mit-)Fühlen stehen sollten.



„Die Bedeutung eines Wortes liegt darin, wie es in der Sprache gebraucht, angewandt wird“, schrieb der Sprachphilosoph Ludwig Wittgenstein einst. Er meinte damit, „dass die Bedeutung eines Wortes nicht der Gegenstand ist, den es benennt oder bezeichnet, sondern die Rolle, die es in der Sprache spielt“. Aus semantischer Perspektive und angewandt auf den Begriff „Parallelgesellschaft“ verdeutlicht uns dies, dass jener Terminus nicht zwei Gesellschaften bezeichnet, die einander parallel und damit gleichwertig gegenüberstehen, sondern dass sich sein Sinn, wenn schon, daraus erschließen lässt, wie wir ihn verwenden. Wie aber tun wir das?

## Wider die Parallelgesellschaft

Für eine differenzierte Begrifflichkeit im Integrationsdiskurs

Karl Michael Reiser

„Parallelgesellschaft“ – das ist der pejorative Ausdruck für jene Minderheiten, die wie auch immer außerhalb dessen stehen, was als Mehrheit definiert wird. Ungeachtet der Tatsache, dass diese homogen gedachte Mehrheit selbst wiederum in unterschiedliche Altersgruppen, Geschlechter, Weltbilder, Konfessionen, Lebensstile etc. zerfällt. Ungeachtet dessen, dass diese Mehrheit in sich eine vielfältige ist, ihre Elemente selbst wiederum in relationalen Verhältnissen zueinander Mehr- und Minderheiten bilden. Diese interne Heterogenität wird auch soziale Diversität genannt, also Vielfalt bzw. Verschiedenheit.

### „Integration versus Desintegration“

Das Grundproblem des Begriffs „Parallelgesellschaft“ liegt denn auch in seiner dualen – genau genommen dichotomen – Setzung begründet, die auf ein gesellschaftliches Innen-/Außen-Verhältnis verweist, das schlussendlich auf die simple Reduktion von „Integration versus Desintegration“ hinaus läuft. Anstatt dieser verkürzten Sichtweise anzuhängen, die sämtliche Zwischentöne ausblendet, sollten wir eine Perspektive entwickeln, die der Vielschichtigkeit sozialer Dimensionen und integrativer Prozesse gerecht wird. Anstatt eines simplifizierenden Schwarz-Weiß-Antagonismus tritt dieser Artikel für eine differenzierte Begrifflichkeit im Integrationsdiskurs ein. Denn Sprache schafft, wie wir wissen, Wirklichkeit.

Der Begriff „Parallelgesellschaft“ hilft uns dabei kaum. Denn er konnotiert bloß die Erkenntnis, dass die an die „multikulturelle“ Gesellschaft geknüpften Hoffnungen nicht in erwarteter Weise in Erfüllung gegangen sind; die verdrängten Befürchtungen hingegen umso mehr. Der Strauß bunter Identitäten, die miteinander in Eintracht leben und gegenseitig einander Interesse und Wertschätzung zollen, ist in der Tat nicht aufgeblüht. Vielmehr setzt sich zunehmend die Einsicht durch, dass die Integration vielfach gescheitert ist und die Folgen der internationalen Migrationsbewegungen in den letzten Dekaden uns ein ungewolltes soziales Nebeneinander beschert haben.

Der Begriff „Parallelgesellschaft“ reflektiert folglich mangelnde Anpassungsbereitschaft dieser Minderheiten an eine als weitgehend

homogen gefasste Mehrheit und avanciert in der politischen Rhetorik zu einem Kampfbegriff gegen AusländerInnen schlechthin oder als Abgrenzung sozialtechnischer Planungsmaßnahmen im Dienste der so genannten Integration. Als sichtbares Zeichen fehlender Anpassung gilt zuvorderst das von Musliminnen getragene Kopftuch, gelten Stadtviertel mit vergleichsweise hohem Anteil an Personen mit Migrationshintergrund oder ethnische Ökonomien. Als Kennzeichen von Parallelgesellschaften werden aber auch die intensive Nutzung öffentlicher Parks durch MigrantInnen und der Konsum von Radio- und Fernsehprogrammen aus deren Heimat gedeutet.

Insgesamt kommt man zu dem Schluss, dass als „parallel“ gilt, was als fremd wahrgenommen wird, weil Integration immer noch häufig mit Assimilation, also einseitiger Anpassung verwechselt wird. Wittgenstein hatte recht: Der Sinn eines Wortes erschließt sich aus seiner Anwendung. Der Begriff „Parallelgesellschaft“ fällt folglich immer dort, wo fehlender Integrationswille konstatiert wird. Nach der Bereitschaft und Aktivität der Aufnahmewilligkeit bei der österreichischen „Mehrheitsgesellschaft“ wird gar nicht nachgefragt, deren Integrationskompetenz und Integrationswille scheinen außer Frage zu stehen. Aber ist davon wirklich auszugehen, und bezeugt ihr ängstliches Abgrenzungsverhalten nicht das Gegenteil?

### Kriterien für „Parallelgesellschaft“

Führwahr, ein solches Abgrenzungsverhalten gibt es auf beiden Seiten. Der Unterschied liegt jedoch in unterschiedlichen Voraussetzungen begründet. Gleichwohl ist Integration nicht bloß eine Bring- sondern auch eine Holschuld, und zweifelsohne sind auch hierbei Defizite zu verbuchen. Die Schwierigkeit der Integration besteht nicht zuletzt im Dilemma widerstreitender Wertsetzungen und Erwartungshaltungen von Einwanderungs- und Residenzgesellschaft. Wie auch immer sich Zuwanderer entscheiden: Beiden Seiten gerecht zu werden, ist nicht immer möglich, jedenfalls nervenaufreibend und kann bis zum Bruch führen. Da wird es insbesondere für Jugendliche von Eltern mit Migrationshintergrund schwierig, einen

selbstbestimmten Platz in der Gesellschaft einzunehmen.

Aber hat dies mit „Parallelgesellschaft“ etwas zu tun? – Ich denke nicht.

Um überhaupt von einer solchen sprechen zu können, müssten wir Kriterien einführen, woran wir diesen Begriff festmachen. Als reiner Beobachtungsterminus ist Parallelgesellschaft lediglich von geringem Nutzen, denn er drückt bloß aus, was der Begriff Segregation bereits hinreichend beschreibt: das Nebeneinander unterschiedlicher sozialräumlicher Sphären. Von Segregation spricht man, wenn es zu einer räumlichen Konzentration bestimmter Merkmale, wie Religion, sozialer Status oder ethnische Herkunft, kommt. So gesehen gibt es natürlich viele Parallelgesellschaften. Man braucht sich beispielsweise bloß die unterschiedlichen sozialen Milieus der urbanen Zentren anzusehen. Allein, das bringt uns nicht weiter. Solange der Begriff „Parallelgesellschaft“ per se nichts bezeichnet, sondern selbst zu interpretieren ist, ist er obsolet.

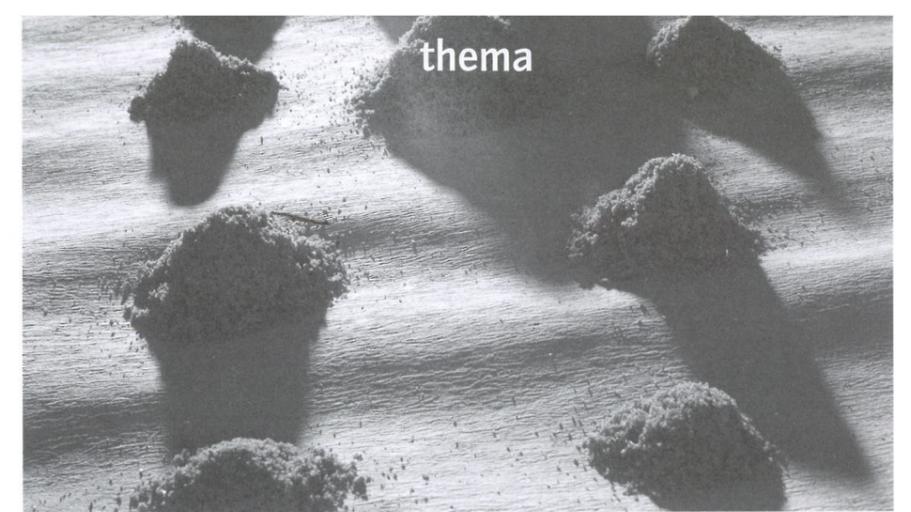
Wenn Parallelgesellschaft die Frage ist, ist dann „Integration“ die Antwort?

So viel steht fest: Wenn jede Hinwendung zur Residenzgesellschaft von der Community als Abtrünnigkeit angestammter Werte gedeutet wird und wir jede Zuwendung zu dieser Community als Abkehr von der Residenzgesellschaft verstehen, ist es in der Tat für Zuwanderer schwierig, eine positive Lebensgestaltung in Gang zu bringen, die versucht, Elemente beider kultureller Sphären miteinander in Einklang zu bringen. Hier kann und soll Integration ansetzen.

### Dimensionen der „Integration“

„Integration“ als theoretischer Begriff muss allerdings zunächst einmal operationalisiert werden, will man ihn differenziert anwenden. Schon allein deshalb bedarf es eines umfassenden Konzepts von Integration, um diese auch anhand empirisch fassbarer Erscheinungen bzw. Daten analysieren zu können. Erst dann können wir uns fragen, woran wir nun erkennen, dass Menschen, zumal Zuwanderer, auf der einen oder anderen Ebene nicht integriert sind. Erst dann können wir festlegen, wer welche Aufgaben im Integrationsprozess zu erfüllen hat – einem Prozess, der von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst wird und dessen bisherige Analyse uns gelehrt hat, dass Integration viele Dimensionen aufweist, die vom Individuum nicht oder nur teilweise mitgestaltet werden können:

- die rechtliche Dimension, die sich in Gesetzen und Verordnungen niederschlägt;
- die politische Dimension, in der es



um die Bedingungen des Zugangs zu den gesellschaftlichen Teilsystemen wie etwa Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Schulen, Kindergärten etc. geht;

- die soziokulturelle Dimension, in der es um integrationsrelevante Werte und Normen geht, aber auch um die Aufgabe der Information der autochthonen Bevölkerung über einen langfristigen und nicht immer konfliktfreien Prozess; ja, eine Dimension, die sich im Werben für Toleranz gegenüber anderen Lebensstilen zeigen sollte und in der Selbstverständlichkeit von Diversity-Management und interkulturellen Trainings in Dienstleistungs- und Verwaltungseinrichtungen, aber auch in Wirtschaft und NPOs.

Integriererfordernisse respektive Integrationsleistungen können auf drei Ebenen heruntergebrochen werden: die Mikroebene persönlicher Beziehungen, die Mesoebene gesellschaftlicher Organisationen und die Makroebene kommunaler, staatlicher und supranationaler Strukturen.

- Mikroebene: Neben den persönlichen Beziehungen, die für die Gestaltung von Integrationsprozessen relevant sind und von sozialer Anerkennung, Achtung und Respekt geprägt sein sollten, spielt auf dieser Ebene die emotionale Qualität individueller Selbstwahrnehmung eine wichtige Rolle.

- Mesoebene: Hier helfen beispielsweise mehrsprachige Informations- und Beratungsdienste oder eine institutionalisierte Einbindung von Migranten-Netzwerken in die Politikgestaltung für ein verbessertes Miteinander. Eine differenzierte Vereinslandschaft unter Migranten, als Ausdruck zivilgesellschaftlichen Engagements, ist bereits vorhanden.

- Makroebene: Von kommunaler bzw. staatlicher Seite her verlangt Integration die Schaffung von Rahmenbedingungen. Dazu zählen nicht bloß ein nachvollziehbarer Einbürgerungsfahrplan oder etwa Antidiskriminierungsgesetze, sondern auch integrative Mitbestimmungs- und Partizipationsrechte für Ausländer.

Sind die inhaltlichen Bedeutungen des Begriffs „Integration“ auch Gegenstand

gesellschaftlicher und politischer Verhandlungen, so erfordert Integration von allen Beteiligten jedenfalls eine grundsätzliche Willensbekundung. Bei seiner Operationalisierung müssen nicht bloß Integrationsbereiche (rechtlich, sozioökonomisch, kulturell, religiös etc.) unterschieden werden. Es geht auch darum, wichtige Integrationsinstanzen in ihrer unterschiedlichen Bedeutung für Individuen und Gruppen zu reflektieren und jene Integrationskonzepte zu kennen, die geeignete Rahmenbedingungen für Einwanderer darstellen. Denn Prozesse der Eingliederung und Mechanismen des Ausschlusses sind nicht bloß subjektiven Charakters, sie haben auch und vor allem eine institutionelle Basis.

### Vielfalt: Faktum und Herausforderung

Sich dem Thema zu verweigern und „Integration“ totzuschweigen ist jedenfalls der falsche Weg, mit der soziokulturellen Pluralität unserer Zeit umzugehen. Vielfalt ist ein Faktum und gleichzeitig eine Herausforderung, die wir annehmen sollten, nicht zuletzt weil sie auch Chancen birgt. Ein gemeinsames Nachdenken von Autochthonen und Allochthonen im Hinblick auf die eigene und fremde gesellschaftliche Verankerung kann dazu beitragen, neue Perspektiven und Handlungsoptionen zu gewinnen, die eine gesamtgesellschaftliche Integration fördern.

Dabei sollten wir eines nicht vergessen: Soziale Integration ist eine permanente gesellschaftliche und politische Aufgabe, die Integration von Zuwanderern lediglich eine Besonderheit davon. Einem Abdriften der Migranten in die ethnische Falle kann am besten mit offensiven Integrationsangeboten entgegengewirkt werden. Denn für die Mehrzahl der Menschen ist eine offene Gesellschaft wesentlich attraktiver als ein etwaiges geschlossenes ethnisches Milieu, wie es der Begriff „Parallelgesellschaft“ nahe legt. Ja, und Integration würde nicht bloß im Sprachgebrauch plötzlich Sinn ergeben, sondern substanzial an Bedeutung gewinnen.

## Identitätspolitik made in „Abendland“

Alev Korun

*„Ich Leitkultur, du Parallelgesellschaft!“ Diese neue Devise im modernen Kommunikations-Dschungel ist der letzte Schrei im „Abendland“. Und zwar genaugenommen seit 2001.*

Erinnern wir uns: Die CDU lag in der WählerInnengunst laut Umfragen ziemlich darnieder. Da tauchte ein innovativer, furchtloser Retter des Abendlandes namens Friedrich Merz auf und machte Schluss mit der Integrationsleier. Nix Integration, eigentlich ginge es um Leitkultur, erklärte er uns inbrünstig; die Eingewanderten hätten sich nun mal an „unsere Leitkultur“ anzupassen.

### Von Leitkultur zum „Moslemtest“

Was kam und kommt da – auch hierzulande – nicht alles daher, was einem mitteleuropäischen Kulturmenschen lieb und teuer ist: „unsere gemeinsamen christlich-abendländischen Werte“, „unsere liberal-demokratische Gesellschaftsordnung“, die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern – da wird jeder europäische Macho zum Feministen –, ja selbst ein Verfassungspatriotismus, der der Geschichtstradition Österreichs unbekannt ist, mussten für die Abwehr des „Fremden“, des ach so „Anderen“ und – seien wir uns ehrlich: eigentlich – „des Islam“ herhalten.

Und heute, fünf Jahre später, sind wir schon beim „Moslemtest“ vor der Einbürgerung – zivilisiertere Abendländer bezeichnen ihn als „Gesinnungsfragebogen“ – angelangt. Na, wenn das kein „christlich-abendländischer Fortschritt“ ist!

Religiöse oder kulturelle Minderheiten auf ihren Platz zu verweisen, hat sowohl in Österreich als auch in Deutschland eine lange Tradition. Dementsprechend wird auch in der Leitkulturdebatte ein- und ausgeschlossen: Wer ein Österreicher bzw. wer überhaupt zivilisiert ist, bestimmt die Leitkultur, von der noch niemand erfahren konnte, was genau sie ist.

### Kultur als neuer Kampfplatz

Die neuen Rassismen brauchen die alten Ethnisierungen nicht mehr, sie funktionieren über Kulturalisierung der – tatsächlichen oder vermeintlichen – Differenz. Daher soll heute auch nicht mehr der „Herrenmensch“ leiten



wie im Nationalsozialismus, sondern der Kulturmensch. Wie den „Untermenschen“ früher die „Rasse“ eingebrannt war, ist es in den neuen Rassismen die „Kultur“, die untrennbar mit einem verbunden ist und die man zeit seines Lebens nicht abstreifen kann.

Als eine solche „Kultur“ bietet sich „der Islam“ optimal an, vor allem seit Ende des Kalten Krieges und den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Er ist die neue „Unkultur“; um mit Bushs Begriffen zu sprechen: „das absolute Böse“, in das alles Schreckliche, Rückständige, Barbarische hineinprojiziert werden kann.

### Parallel zum Abendland

Doch zurück zur Parallelgesellschaft: Welche Bilder ruft sie in uns hervor? Welche Gefahren, Ängste spricht sie an/aus? Um einen weiteren 9/11-Begriff zu strapazieren: Die Parallelgesellschaft ist der „Schläfer“ in Mehrzahl; die Zeitbombe, die „mitten unter uns tickt“; die uns unterwandert, ohne dass wir es merken. Kaum hat man nicht hingeschaut, ist schon eine ganze „andere“ Gesellschaft in unserer Mitte entstanden, die uns „umgeht“, die angeblich ihre eigenen Strukturen – vom

Gemüseladen bis zur eigenen Gerichtsbarkeit – aufbaut. Die Parallelgesellschaft ist das Zerrbild der als Unsichtbarwerden imaginierten Integration, das Fleisch Gewordene Andere „des Abendlandes“.

Eigentlich ist es keine neue Entwicklung: Juden und Jüdinnen sind z. B. Jahrhunderte langen Verfolgungen ausgesetzt gewesen, angeblich weil sie anders waren. Und kaum waren sie assimiliert, musste der rassistische Antisemitismus erfunden werden, um sie wieder *erkennlich* zu machen.<sup>1</sup>

Auch deshalb ist es nicht überraschend, dass die Debatte um Leitkultur, „Verfassungstreue“, „europäische Werte“ und neuerdings um „traditionsbedingte Gewalt“ zu einer Zeit auftaucht, in der ImmigrantInnen sozial unsichtbar, ununterscheidbar zu werden drohen. Das „Abendland“ muss sie also wieder „sichtbar“ machen, zumindest für sich sichtbar. Und da ist der „Karikaturenstreit“ ein gefundenes Fressen.

### Der Fundamentalist in Lynchstimmung

Was wegen der Veröffentlichung von Karikaturen über den Propheten Mohammed als Debatte um Grenzen der Meinungs- und Religionsfreiheit begonnen hatte, hat sehr rasch die Form eines Medienspektakels angenommen. Täglich wurden wir mit Bildern von fanatisierten, bärtigen und dänische Fahnen verbrennenden Männern – eher weniger von verschleierte protestierenden Frauen – versorgt. Irgendwann konnte man meinen, dass es Hunderttausende oder Millionen Fanatiker dieser Sorte gäbe, die ständig die Straßen uns fremder Städte unsicher machten (Zur Klarstellung: Es gibt schon fanatisierte Moslems, und Gewalttaten sind abzulehnen).

Es ist doch beinahe *self fulfilling prophecy*: Es wird eine Karikatur des Propheten als Terrorist mit Bombe im Turban publiziert, und das Bild, das dann hängenbleibt, ist das von terroristischen, europäische Botschaften niederbrennenden Moslems. Wir haben es also immer schon gewusst ... Und doppelt ironisch könnte man sagen: Du sollst dir kein Bild machen! Leider geht in diesem Bild unter, dass die Debatte nicht nur mit Meinungsfreiheit, sondern auch mit dem kolonialen Erbe Europas und einem inzwischen teilweise rassistischen Antisemitismus bzw. „Othering“ zu tun hat.

<sup>1</sup> Christina v. Braun, Ludger Heid (Hg.): *Der ewige Judenhass*. Stuttgart 1990.

Alev Korun  
ist Politologin und Landtagsabgeordnete der Wiener Grünen.

## Biedermann und die Brandstifter von heute

Brigitta Huhnke

Noch nie konnte die Bundesrepublik mit einem so lautstarken Aufgebot männlicher Feministen aufwarten. Eine skurrile Truppe aus rechten Politikern, Medienmännern, verklemmten „Antideutschen“, mit ein paar rechtskonservativen Frauen im Schlepptau und von viel Medienhype begleitet, will in den letzten Jahren nichts weniger als die fremde Frau befreien. Sie alle wollen sie den Klauen des fremden Mannes entreißen, der diese unbekanntes Wesen mit Kopftüchern behängt und sie in Zwangsehen malträtiert.

### Was will die Allianz der Frauenbefreier?

Nun, um Gleichberechtigung und Eigenständigkeit von Frauen zu fördern, sollte in der Tat eigentlich jedes Mittel Recht sein. Also universell, ohne Rechtfertigung irgendwelcher kultureller oder auch religiöser Barrieren, benötigten wir global: harte Quotierung, Bevorzugung von Frauen in allen Lebensbereichen, bis sie überall zu 50 Prozent an der Macht und an Ressourcen beteiligt sind, Angehörige von Minderheiten mindestens gemäß ihres Anteils an der jeweiligen Bevölkerung. Doch genau das will diese Allianz der Frauenbefreier nicht. Vehement blockieren genau dieselben Kräfte ein Gleichstellungsgesetz, obwohl die EU dies seit Jahren einfordert.

Mit der Verbannung der Kopftücher<sup>1</sup> haben die „leitkulturellen“ Eiferer nicht demokratische Grundrechte für Frauen im Sinn.

Vielmehr wollen sie „Parallelgesellschaften“ verhindern und fühlen sich durch diese im „Krieg gegen den Terror“ herausgefordert. Frauen mit Kopftuch sind nach dieser Lesart beides: Sie sind unterdrückte namenlose Wesen, und gleichzeitig indoktrinieren sie im Namen einer imaginären „Parallelgesellschaft“. Ein Widerspruch? Nein. Das gehört zum Wesen des Ressentiments.

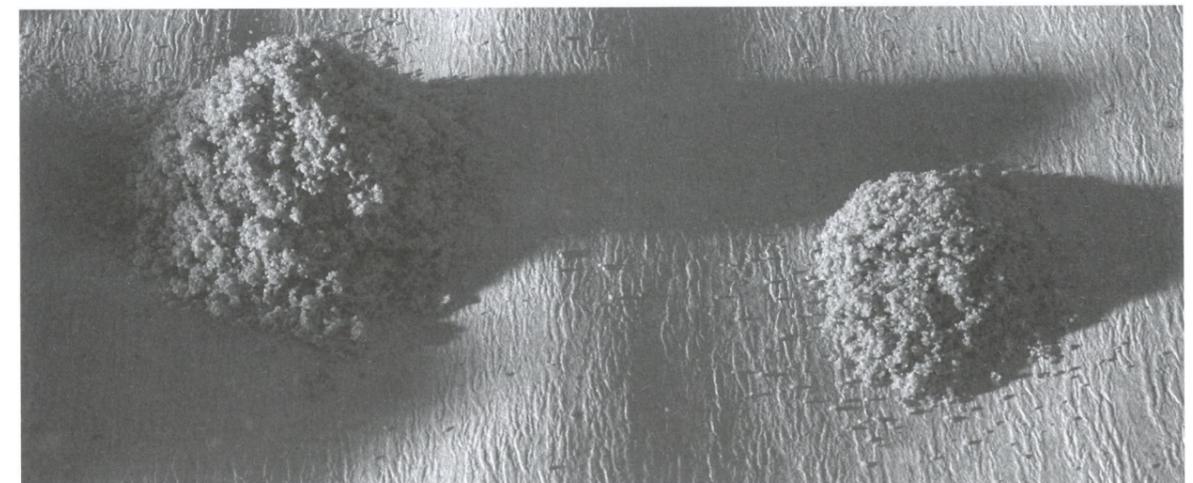
Schon der Begriff „Parallelgesellschaft“, der ausschließlich im stigmatisierenden Kontext auftaucht, ist in sich völlig unlogisch. Parallelen, zwei Graden, treffen sich – in der euklidischen Geometrie – auch im Unendlichen nie. Mit dem Begriff wird jedoch unterstellt, die eine Gesellschaft, die minderwertige und per se undemokratische, würde die andere, die bessere, die allgemein wichtigere, unterwandern, stören etc. Christliche Tradition steht zudem für wahre und demokratische Kultur, als Garant der Menschenrechte schlechthin.

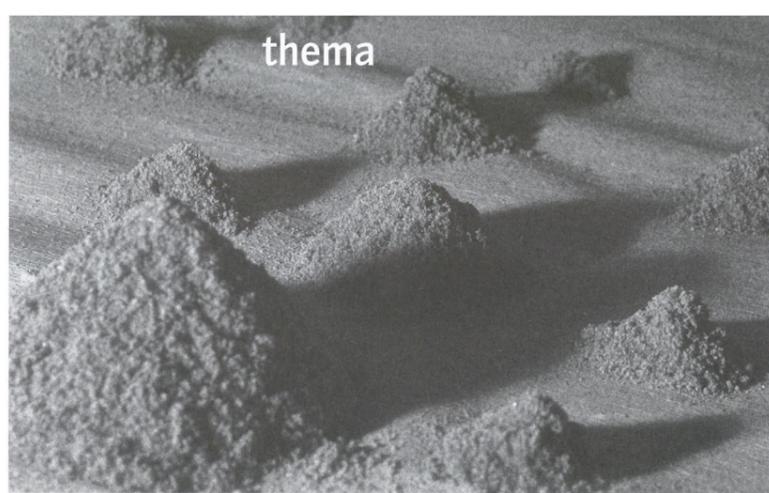
### „Rückständige Frau“ statt Kalten Krieges

Solange muslimische Frauen fast ausschließlich Einwanderinnen waren und in der Namenlosigkeit die miesesten Jobs als Fabrikarbeiterinnen oder Putzfrauen ausübten, wurde diese Einwanderergruppe „nur“ verachtet, als Angehörige einer minderwertigen Kultur. Am Anfang der dazugehörigen Mediengeschichte steht der *Spiegel*-Titel „Gettos in Deutschland – Eine Million Türken“ vom 30. Juli 1973 (Nr. 31).<sup>2</sup> Und unter der

*Seit die Töchter von EinwanderInnen in qualifiziertere Berufe streben, sogar als Ärztinnen, Anwältinnen oder auch Lehrerinnen tätig sein wollen, und manche eben auch mit Kopftuch, gerät die „fremde“ Frau stärker ins Feld der öffentlichen Belehrungen und auch staatlichen Diskriminierungen.*

Brigitta Huhnke,  
Sozialwissenschaftlerin, Diskursanalytikerin,  
lebt in Hamburg; sie unterrichtet u. a. in  
Klagenfurt/Celovec..





Schlagzeile „Die Türken kommen – rette sich wer kann“ folgen im Blatt dann recherchefreie alle Geschichten des „Orientalismus“.<sup>3</sup>

Seit über 30 Jahren schlagen deutsche Medien mit immer wachsender Erregung diese Stereotype, zu der auch die festgestellte Wahrheit von der „rückständigen Frau“ gehört, immer wieder in der Endlosschleife an. Anfang der neunziger Jahre zerbröckelte zudem die Projektionsfläche „Kalter Krieg“, die über Jahrzehnte hinweg den Zwang zum äußeren Feindbild befriedigte. Sie wurde sukzessive durch den „Islam“ als neue-alte Imagination des Bösen ersetzt. Die einzige Perspektive: die fortwährende „Dämonisierung eines unbekanntes Feindes“.<sup>4</sup>

Seit die Töchter von EinwanderInnen in qualifiziertere Berufe streben, sogar als Ärztinnen, Anwältinnen oder auch Lehrerinnen tätig sein wollen, und manche eben auch mit Kopftuch, gerät die „fremde“ Frau stärker ins Feld der öffentlichen Belehrungen und auch staatlichen Diskriminierungen. Nun konnte zwar sogar das oberste Gericht des Landes, das Bundesverfassungsgericht, im Fall der Lehrerin Ferestha Ludin solchen Projektionen nicht folgen und stellte vielmehr fest: Es dürfe „angesichts der Vielfalt der Motive die Deutung des Kopftuchs nicht auf ein Zeichen der gesellschaftlichen Unterdrückung der Frau verkürzt werden ... Auf diesem Hintergrund ist nicht belegt, dass die Beschwerdeführerin allein dadurch, dass sie ein Kopftuch trägt, etwa muslimischen Schülerinnen die Entwicklung eines den Wertvorstellungen des Grundgesetzes entsprechenden Frauenbildes oder dessen Umsetzung im eigenen Leben erschweren würde“.<sup>5</sup>

„Das gehört zu Ihrer Kultur“

Muslimische Frauen haben durchaus massive Probleme. Ende des Jahres 2005 in einer Hamburger Moschee: Frauen der Gemeinde haben eingeladen. Ganz oben, im schönsten Raum des Gebäudes tauschen sich Frauen aus, alle sind Deutsche, der überwiegende Teil Muslima, mit und ohne Kopftuch, aber auch Atheistinnen sind dabei.

Manche Frauen sind arbeitslos, andere

studieren oder arbeiten in normalen Frauenberufen, auch Wissenschaftlerinnen sind anwesend. Der einzige auffällige Unterschied, ein ganz zufälliger: Die muslimischen Frauen sprechen im Gegensatz zu den anwesenden nicht-muslimischen Frauen überwiegend auch einen feinen Hamburger Slang, den nur in Hamburg Geborene wirklich beherrschen. Die anwesenden Vertreterinnen der so genannten Mehrheitsgesellschaft an diesem Abend scheinen nur (*plattdeutsch*) „Quitsches“, also Zugewanderte zu sein. Letztere sind jedoch durch ihre Arbeiten mit kulturellen Stereotypen und Rassismus vertraut. Trotzdem sind sie teilweise fassungslos. Ruhig, sachlich und doch selbstbewusst, schildern insbesondere die jungen Frauen, was sie als Kopftuchträgerinnen bei der Arbeitssuche in der so „weltoffenen“ Hansestadt erleben, wenn sie sich bei Banken, in Supermärkten, aber auch bei Behörden bewerben: Spätestens wenn sie es bis zum Vorstellungsgespräch infolge ihrer guten Bewerbungsunterlagen schaffen, werden sie zum Kopftuch befragt und dann in der Regel abgelehnt. Sogar Putzstellen werden Frauen mit Hinweis auf die Kopfbedeckung immer häufiger verweigert. Nur ganz wenige Hamburger Arbeitgeber sind für eine andere Einstellungspraxis bekannt.

Das Kopftuchverbot sei mittlerweile zu einer existentiellen Frage geworden: „Bekomme ich – qualifiziert und ausgebildet – die Chance auf einen Arbeitsplatz? Muss ich den Traum auf finanzielle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit begraben?“, beschreibt Angelika Hassani, Vorsitzende der Frauen im Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg die Ängste unter den Frauen. Und die Hamburgerinnen sind auch im Austausch mit Frauen in anderen Bundesländern. In Nordrhein Westfalen beispielsweise wurde eine Muslima vom Sozialamt abgewiesen, als sie wegen massiver Gewalterfahrung in ihrer Ehe um Schutz nachsuchte, mit der Bemerkung: „Bleiben Sie bei Ihrem Mann, das gehört doch sowieso zu Ihrer Kultur.“ In einigen Universitäten nötigen Professoren Frauen vor Prüfungen zur Abnahme des Kopftuchs. Aber auch türkischstämmige

Frauen ohne Kopftuch berichten von vielfältigsten Diskriminierungen, ebenfalls an Universitäten aber auch beispielsweise in Medienbetrieben.

Obwohl bisher jeweils nur ein paar Dutzend akademisch ausgebildete Lehrerinnen oder Kindergärtnerinnen bei der Arbeit ein Kopftuch tragen wollen, pusseln Leitkulturelle in fast allen Bundesländern, trotz oberster Rechtssprechung, weiter an Gesetzesvorhaben gegen das Kopftuch. Die uralte Energie weißer Männer tritt zutage. Die Kulturphilosophin Gayatri Chakravorty Spivak hat sie in ihrem berühmten Aufsatz *Can the subaltern speak?* treffend auf den Punkt gebracht: „White men are saving brown women from brown men.“<sup>6</sup>

Abstumpfung der Öffentlichkeit

Doch Leitkulturelle wollen mittlerweile mehr. In den letzten Monaten entwerfen sie Fragebögen zur Einwanderung, in der sie hinterhältig nach sexueller Orientierung ebenso fragen wie danach, ob der Proband vielleicht Gewalt gegen Frauen billige oder einer verbotenen bzw. linken Organisation wie der Partei „Die Linke“ angehöre, die als drittgrößte politische Kraft im Bundestag sitzt. Auf Pausenhöfen wollen sie Kinder und Jugendliche nun darauf verpflichten, nur noch Deutsch zu sprechen. Auch Angelika Hassani ist besorgt: „Aus historischer Sicht ein gefährlicher Machtanspruch, der die Frage nach Demokratie und ihrem Wesen pervertiert und missbraucht, in dem völlig undemokratisch und mit fragwürdigem Kalkül Andere in Gruppen eingeschlossen werden.“

Ende Februar 2006 stellte der UN-Menschenrechtsinspektor Vernor Muñoz dem deutschen Bildungssystem ein vernichtendes Zeugnis aus. Es betreibe soziale Auslese und diskriminiere besonders Migrantenkinder. Die geplante Deutschpflicht hält der UN-Experte für „menschenrechtswidrig“. Muñoz fordert die „Menschenrechtserziehung“ in allen Schulen sowie in der pädagogischen Ausbildung.

Doch Scham stellt sich nicht ein. Regelrechte „Affektstumpfheit“ (Alexander Mitscherlich) war bereits Mitte Februar 2006 auch in der Bundesrepublik festzustellen, als der UN-Bericht über die Menschenrechtsverletzungen durch US-Soldaten in Guantanamo veröffentlicht wurde. Ebenfalls kein Innehalten, keine kollektive Empörung war zu spüren, als ein Video an die Öffentlichkeit trat, in dem ein britischer Soldat seine Kamera auf die Misshandlung von irakischen Jugendlichen setzt und sich dabei

in hörbare sexuelle Erregung steigert. Die nur zwei Tage später veröffentlichten Bilder aus den US-Verliesen in Abu Ghraib, die nicht nur bestialische und sadistische Folterungen von Menschen dokumentieren, sondern auch Leichenschändung, vermochten die kollektive Gefühlsstarre ebenfalls nicht zu lösen.

Lautstark aber haben gleichzeitig fast alle deutschen Medien den Abdruck rassistischer Mohammed-Karikaturen durch eine fremdenfeindliche dänische Zeitung als Recht der freien Rede gefeiert. Nur wenige Tage später forderten die gleichen deutschen Leitkulturellen ein Aufführungsverbot für den türkischen Spielfilm *Tal der Wölfe*. Auf die Idee, nun vielleicht endlich mit deutsch-türkischen Jugendlichen, die diesen Film überwiegend positiv sehen, in Dialog zu treten, kommen sie hingegen nicht.

Alexander Mitscherlich hat schon vor knapp 40 Jahren versucht, das Problem der Abstumpfung zu erklären. Wenn Menschen ohne Hoffnung seien, trete politische Interesselosigkeit ein, sich für die Gesellschaft einzusetzen. Daraus entwickle sich eine „narzisstische Gefühlsverschiebung“. In diesem Zustand hat die Manipulation ein leichtes Spiel: „Der negative Affekt kann sich quasi legitim an das verachtete Objekt heften.“<sup>7</sup> Die Einfühlung verkümmere immer weiter und begünstige eine sich kollektiv demonstrierende Asozialität. Die tritt besonders auch im Verhältnis zur Sexualität und insbesondere zum weiblichen Körper in der christlichen „Leitkultur“ zutage: „Hat dem Christen seine Religion durch Jahrtausende das sexuelle Glück vergällt, so ist es jetzt die Reduktion der erotischen Erfahrung auf ein dem Konsumbedürfnis nachgebildetes Sexualbedürfnis, das ihn an der Humanisierung seiner geschlechtlichen

Humanisierung hemmt.“<sup>8</sup> Das Christentum kennt kaum Genuss und Lüste, dafür umso mehr aus der Verachtung geborene Gier. Und genau letzterer entzieht sich die muslimische Frau auch symbolisch.

Erniedrigung des anderen Körpers

Die Menschen sind sich im Westen noch fremder geworden als vor 40 Jahren, umso mehr brauchen sie die Erniedrigung des anderen, insbesondere des weiblichen Körpers. Bis Ende September 2004 bot das in Hamburg produzierte *Spiegel-Online* seinen Lesern etwas ganz Besonderes: Unter der redaktionellen Rubrik „a+i“ (*art und information*) konnte sich der Leser an härtester menschenverachtender Pornographie vergnügen. Die präsentierten Frauen, von denen einige offensichtlich minderjährig waren, gehörten überwiegend Angehörigen ethnischer Minderheiten an, waren als solche auch markiert. Auf einem dieser „journalistischen“ Angebote wurden Frauen und ihre Geschlechtsorgane mit Mäusen und Ratten verglichen. Der dafür juristisch Verantwortliche saß zur gleichen Zeit in der Beschwerdekammer des *Deutschen Presserates*. Ein Befangenheitsantrag gegen ihn wurde abgelehnt.

Eine Eingabe an den Presserat, beruhend auf einer umfassenden wissenschaftlichen Expertise, gegen die rassistisch-sexistische Berichterstattung der *Bild-Zeitung* über zwei Deutschtürken, wurde dann ebenfalls nicht gerügt, sondern abgewiesen. Dies ist umso bemerkenswerter, als ein Hamburger Gericht in diesem Fall im Sinne der Betroffenen entschied und der von der *Bild-Zeitung* angestrebten Unterlassungsklage gegen die Behauptung, „Volksverhetzung“ liege

vor, nicht stattgab.

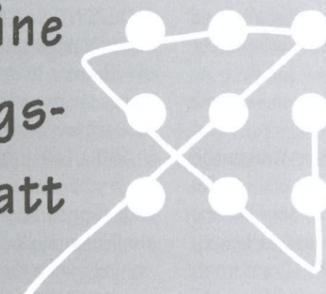
In der rassistisch-sadistischen Dimension der Menschenverachtung verbirgt sich für Spivak eine *kollektive* Phantasie, die symptomatisch für *kollektives* Vagabundieren sadomasochistischer Repression eines *kollektiven* imperialistischen Unternehmens sei.<sup>9</sup>

Das Stück, das der Westen – und ganz konkret auch in der Bundesrepublik Deutschland – derzeit spielt: *Biedermann und die Brandstifter*<sup>10</sup> – immer und immer wieder.

Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Vgl. Brigitta Huhnke (2004): *Herrinnen der Plantage – Zum Rassismus in der feministischen Kopftuchdebatte* (Schwerpunkt: Migration von Frauen), in: ZAG 45/2004: 22-26.
- <sup>2</sup> Vgl. Brigitta Huhnke (1996): *Männerphantasien über die „fremde“ Frau. Oder: Wie Macht- und Medieneliten patriarchalische Innenwelten reproduzieren*, in: Bärbel Rößen/Cornelia Wilß (Hg.): *Verwaschen und verschwommen. Fremde Frauenwelten in den Medien*. Frankfurt a. M.: 115-141.
- <sup>3</sup> Vgl. dazu Edward Said (1978): *Orientalism*. London/New York (2003 mit neuem Vorwort).
- <sup>4</sup> Ebd.: XX.
- <sup>5</sup> BVerfG-Urteil vom 24. 9. 2003, Aktenzeichen 2 BvR 1436/02: Randnr. 52 (www.BVerfG.de).
- <sup>6</sup> Gayatri Chakravorty Spivak (1999): *A Critique of Post-Colonial Reason*. Harvard: 281-308.
- <sup>7</sup> Alexander Mitscherlich (1969): *Die Idee des Friedens und die Menschliche Aggressivität*. Frankfurt a. M.: 45.
- <sup>8</sup> Ebd.:131.
- <sup>9</sup> Vgl. Spivak, a.a.O.: 284.
- <sup>10</sup> Zur Re-Lektüre dringend empfohlen: Max Frisch: *Biedermann und die Brandstifter*, 1953 als Hörspiel erstmals gesendet, 1958 am Schauspielhaus Zürich aufgeführt, seither von verschiedenen Verlagen publiziert.

die grüne bildungswerkstatt



GRÜNE BILDUNGSWERKSTATT MINDERHEITEN

Die Grüne Bildungswerkstatt ist eine Ideenwerkstatt mit dem Ziel

- politische Inhalte mit einer breiten Öffentlichkeit zu diskutieren
- zur Bewusstseinsbildung über politische Zusammenhänge beizutragen und zu politischem Handeln zu motivieren
- das nötige Handwerkszeug für politische Beteiligung anzubieten
- als Schnittstelle zwischen ExpertInnen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen AkteurInnen aufzutreten
- grundsätzliche Orientierungen für die Programm- und Bildungsarbeit zu entwickeln.

Im Zentrum unserer Bildungsarbeit steht die Suche nach einem umfassenden Denkrahmen für grüne Politik, der neben dem Grundwert der Ökologie auf Solidarität, Basisdemokratie, Selbstbestimmung, Gewaltfreiheit und auf einer feministischen Grundhaltung beruht.

0664/914 41 28

zlatka.vlasich-melisits@wellcom.at

„Das von Ihnen erwähnte Ziel, angstfrei anders sein zu können, hat wohl einen emanzipativen, nicht so sehr aber einen integrativen Aspekt. Das Ablösen der Menschen von überkommenen Rollenbildern und zwanghaften Klischees bedeutet immer auch einen Akt der Selbstbefreiung, und zwar auch von der eigenen Gruppe. Wer als Staatsbürger emanzipiert ist, braucht nicht mehr als Gruppenangehöriger integriert zu werden.“

## Das Stahlwerk, die Kunst und die Emanzipation der Parallelwelt

Erwin Riess

*Vor einer Litfasssäule am Parkring. Der Dozent und Groll studieren die ausgehängten Seiten der „Presse“.*

DOZENT Allenthalben wird über Parallelwelten geredet; wie schädlich diese für die Gesellschaft seien, wie verwerflich und bedrohlich für das Gedeihen einer Gemeinschaft.

GROLL Als ich in den späten siebziger Jahren nach Wien kam, erschien die Stadt mir wie ein Ort aus einer anderen Welt. Für jemand, der wie ich in an einem Ort, in der „Hütte Krems“, aufgewachsen war, erschien die Stadt, in der die Vielfalt der Welt in unzähligen unbekanntenen Orten, vom Palais bis zum Fußballstadion, von den Ministerien bis zum Brantweiner am Eck, sich darstellte, als Kulturschock.

DOZENT Sie beschreiben das Stahlwerk als abgeschottete Welt.

GROLL Ich gebe Ihnen Beispiele. Ich besuchte einige Zeit den Werkskindergarten, ich spielte Fußball im Werksfußballverein, spielte Tennis im Werkstennisverein. Mein bester Freund war im Werksschachverein und im Werkstischtennisverein tätig. Im Winter fuhren wir mit dem Werksbus Schifahren, im Keller unseres Hauses in der Werksiedlung lagerte Deputatkohle aus dem Werk. Wenn jemand aus dem Werk studierte, gab es ein kleines Werksstipendium, wenn jemand starb, einen Werkszuschuss fürs Begräbnis. Die Pensionisten holten sich ihr Essen aus der Werksküche, Hemden und Hosen sowie Unterwäsche kaufte man bei der Sekretärin des Arbeiterbetriebsrats, Autobesitzer reinigten ihr Gefährt in der Werkswaschstraße, und über die Welt informierte die wöchentliche Werkszeitung.

DOZENT Sie beschreiben eine seltsame, eine exotische Welt.

GROLL Lesen lernte ich in der Werksbibliothek, die von einem einarmigen Bibliothekar, Herrn Berger, geführt wurde. Sein Buchbestand setzte sich zur Hälfte aus Geschenken der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft und aus Naziliteratur zusammen. So wuchs ich, als in Österreichs Literatur die Moderne mit Wolfgruber, Scharang, Jelinek und all den anderen sich durchsetzte, mit den Büchern von Leni Riefenstahl und den Erzählungen Maxim Gorkis auf. Ich verschlang die Reportagen Elli Rosemeyer-Beinhorns (die Frau

eines berühmten Autorennfahrers, sie war Expeditionsfliegerin) und den großartigen „Stillen Don“ Michail Scholochows. Als Cerha, Schwertsik und Co mit dem Ensemble „Die Reihe“ die alten Zöpfe im Musikwesen abgeschnitten hatten, bedeutete Musik für mich ein wenig Bach, etwas Beethoven und viel Karel Gott. Die Töne der Neuzeit waren für mich die Geräusche des Stahlwerks; wenn in der Verzinkerei die angerosteten Stahlgebäude mit einem wütenden Pfauchen in die kochende Beize eintauchten, wenn die Fünfzig-Tonnen-Presse ihre Arbeit aufnahm oder wenn aus dem nahen Werkshafen das Pfeifen einer Schiffssirene ertönte. Und die darstellende Kunst kannte ich nur in Form der verblassten Sowjetpropaganda auf der großen Halle des Stahlwerks.

DOZENT Sie lebten also in einer Parallelwelt.

GROLL Das Erstaunliche ist: Die Parallelwelt änderte sich zwar, als ich nach Wien ging, um zu studieren. Aber ich fand mich in einer neuen Parallelwelt wieder. Und ich entdeckte, dass es meinen Kollegen im „Panorama-Heim“, die Studenten stammten vorwiegend aus Kärntner oder oberösterreichischen Arbeiterfamilien, ähnlich erging. Gleich mir schlüpfen sie unter das Dach der Großstadt und suchten sich eine Nische. Wir wussten, dass es unter uns viele Stockwerke gab, aber von den Verhältnissen dort hatten wir keine Ahnung. Wir lebten mit Hunderttausenden Menschen in derselben Stadt, aber wir konnten das Gefühl der Fremde viele Jahre nicht abschütteln.

DOZENT Geschätzter Groll! Es ist das Eigentümliche an Parallelwelten, dass jene, die bewusst in ihnen aufwuchsen, später, wenn sie dieselbe verlassen haben, mit Respekt von ihnen sprechen.

GROLL Eine treffende Beobachtung. Und doch scheint mir der Begriff „Parallelwelt“ ungenügend zu sein. Er setzt eine Art von ähnlichem System voraus. Was hingegen ich und meine Kommilitonen erlebten, war eine gänzlich differente Welt.

DOZENT So wie Ihnen ergeht es derzeit vielen Migranten und Migrantinnen, aber auch vielen Angehörigen von Minderheiten.

GROLL Ich weiß. Man sagt, die Parallelwelten nehmen an Zahl und Vielfalt zu.

DOZENT Ist es nicht so?

GROLL Ich habe den Eindruck, als habe es eine homogene Welt nie gegeben. Nicht einmal an den Lagerfeuern der Neandertaler.

DOZENT Und doch wird das wichtigste Ziel zivilisatorischer Politik, nämlich angstfrei anders sein zu können, von Politik und Ökonomie mit allen Mitteln bekämpft. Um diesen Angelpunkt der europäischen Zivilisation tobt der Kampf umso heftiger, je weniger er von den Protagonisten als solcher begriffen wird. Wer anders ist, weil er das Anderssein nicht abstreifen kann wie eine politische Meinung, wird gemaßregelt: durch Beleidigungen und die Verweigerung von Lebenschancen. Wer das zugewiesene Rollenbild von sich weist, wird in seiner Existenz bedroht. Als wirksamste Waffe der Regierenden erweist sich dabei die Angst. Wer andauernd in seinen Grundrechten verunsichert wird, wem ständig das Gefühl vermittelt wird, bestenfalls geduldet zu sein, muss zuerst seine Angst besiegen. Erst dann wird Bewegung möglich. Teilen Sie diese Einschätzung? Sie ist das Ergebnis langjähriger Studien.

GROLL Verehrter Herr Dozent, ich teile sie, indem ich hinzufüge: Das von Ihnen erwähnte Ziel, angstfrei anders sein zu können, hat wohl einen emanzipativen, nicht so sehr aber einen integrativen Aspekt. Das Ablösen der Menschen von überkommenen Rollenbildern und zwanghaften Klischees – Behinderte haben dankbar zu sein, Alte geduldig, Moslems fanatisch und so weiter – bedeutet immer auch einen Akt der Selbstbefreiung, und zwar auch von der eigenen Gruppe. Wer als Staatsbürger emanzipiert ist, braucht nicht mehr als Gruppenangehöriger integriert zu werden.

DOZENT Auf diese Weise gehen den marginalisierten Gruppen aber ihre besten Köpfe verloren. Sie werden gleichsam von der Mehrheitsgesellschaft absorbiert.

GROLL Einerseits stimmt das. Andererseits legt mir meine Erfahrung die Einsicht nahe, dass gerade jene, die sich im Kampf um ihre Gruppenrechte auch von ihrer angestammten Rolle emanzipieren, die unverzichtbaren Kämpfer sind.

DOZENT In diesem Sinne könnte man sagen: Die Assimilierung als Gruppenan-

gehöriger erleichtert die Emanzipation als Individuum.

GROLL Nicht als Individuum. Als Citoyen, als Staatsbürger.

DOZENT Akzeptiert. Bleibt nur mehr eine Frage zu klären. Was verstehen Sie unter Emanzipation?

GROLL Dass der Wert eines Menschen nicht an seiner Wertschöpfung gemessen wird. Die Emanzipation des Individuums ist die Emanzipation von seiner Rolle als Sklave des Tauschwertes.

DOZENT Es geht also darum, dem Gebrauchswert in seinem Kampf gegen den Tauschwert beizuspringen.

GROLL Das ist die eigentliche menschliche Aufgabe.

DOZENT Und es ist dabei vollkommen egal, in welcher Art von Welt man sich bewegt.

GROLL Sofern man Emanzipation anstrebt, ja.

*Es beginnt zu regnen. Auf der Suche nach einem Café eilen der Dozent und Groll den Ring entlang.*

## Passen Minarette nach Tirol?

Michael Örtl

*Diese Frage stellte unlängst eine Tageszeitung. Ich fühlte mich von der Frage angesprochen und versuche hier eine Antwort zu geben.*

Ich finde die Antwort, indem ich die Frage ein bisschen anders stelle: Passen Minarette in die Berge? Und diese Frage kann ich mit einem klaren Ja beantworten.

Denn Berge sind hoch und steil, zumindest jene Berge, auf die wir in Tirol stolz sind. Und genau diese Eigenschaften besitzt auch ein Minarett. Sie werden dem sicher zustimmen, wenn Sie jemals ein Minarett gesehen haben. Daher passen Minarette generell in die Berge, mehr noch als in die Wüsten, von denen sie herkommen und die bekanntlich Flachland sind. In Tirol kann ich mir besonders gut die Ötztaler Alpen vorstellen mit der Wildspitze, unserem höchsten Berg, als Gegend, in der sich eine Ansammlung von Minaretten gut machen würde. Weniger gut würden die spitzen Minarette zu den runderen, weicherer Formen passen, die wir im Osten Tirols kennen. Fast schon als Hügel würde ich die Berge um Kitzbühel bezeichnen, und dort, nein dort möchte ich kein Minarett sehen. Viel

besser würden dorthin die runden Kuppeln passen, die wir etwa von den orthodoxen Gotteshäusern kennen. Diese übereinander getürmten Kuppeln, die mich an Salzburger Nockerln erinnern, hätten dort sicher einen guten Standort. Außerdem ist Salzburg nicht weit entfernt, by the way. Ja, und natürlich gibt es auch muslimische Gotteshäuser mit vielen Kuppeln, denken wir nur an die blaue Moschee in Istanbul – waren Sie schon einmal dort?

Ich sprach von den Bergen im Osten Tirols als sanft und weich. Gestandene Tiroler würden mir nun das Kaisergebirge vorhalten, den imposanten Wilden Kaiser, den Schauplatz des Auftriebs der lila Kühe (erinnern Sie sich an die Aktion der Milka-Schokolade?). Natürlich würden dorthin Minarette passen, ich muss es zugeben. Man stelle sich Ellmau vor, mit zwei, drei Minaretten vor dem Hintergrund des mächtigen Kaisers! Würde sich auf Postkarten prächtig machen, muslimische Touristen wären begeistert. Denken wir nur an Ölscheichs.

Natürlich braucht es zu den Minaretten auch Muslime, die dem Ruf des Muezzins in kleinen bis mittleren Scharen folgen.

Zahlreicher als Katholiken beim Sonntagsgottesdienst sollten sie allerdings nicht sein. Wir bitten um Rücksichtnahme, um Respekt vor den Traditionen Tirols, das immer ein durch und durch katholisches, von Glocken durchläutetes Land war. Aber immerhin haben wir Katholiken uns an die Anwesenheit evangelischer Christen gewöhnt. Und ich bin überzeugt, dass wir in ein paar hundert Jahren auch von muslimischen Tirolern (und Tirolerinnen) sprechen werden. Und jene werden sich pudelwohl fühlen in den geliebten Bergen, und sie werden Andreas Hofer mit seinem vollen schwarzen Bart als einen Vorfahren betrachten<sup>1</sup>.

Ja, liebe Tirolerinnen und Tiroler, wenn eine Entwicklung unvermeidbar ist, dann ist es besser, wenn sie schneller stattfindet – finde ich. Denn die damit verbundenen Schmerzen sind schneller vorbei.

<sup>1</sup> An die Touristen haben wir uns schließlich auch gewöhnt. Heutzutage akzeptieren wir sie aus allen Ländern der Welt, da machen wir keinen Unterschied. Wir möchten, dass sie nach Hause fahren mit einer *message* von Tirol als einem wunderschönen Land, in dem alle Menschen freundlich sind – zu den Touristen und auch untereinander. Denn Freundlichkeit darf keine halbe Sache sein, sonst nützt sie nichts.

Michael Örtl,  
Obmann-Stellvertreter der Initiative  
Minderheiten, Tirol.

„Eine Stadt besteht aus unterschiedlichen Arten von Menschen; ähnliche Menschen bringen keine Stadt zuwege.“  
Aristoteles

## Vom Nebeneinander und Miteinander

Udo W. Häberlin und Hannes Alkin

In diesem Text möchten wir einige Aspekte des Zusammenlebens nach der Unterscheidung zwischen „Miteinander“ und „Nebeneinander“ untersuchen. Dies ist ein eher theoretisches Unterfangen, das nicht ganz ohne Spekulation geht, aber die gegenwärtige Stadtforschung mit den Erfahrungen der Stadtentwicklung und der Stadtplanung scheint unsere Ergebnisse zu bestätigen.

### Gemeinschaften und Gesellschaft

Es gilt als gesichert, dass die Ausbildung einer persönlichen Identität ohne die Orientierung an verschiedenen Gruppen nicht möglich ist. Man macht sich bereits in der Kindheit eine Vorstellung von den Gewohnheiten und Verhaltensmustern anderer Leute und eignet sich diese an. Man gewöhnt sich in der Interaktion mit anderen ein bestimmtes Verhalten an. So entwickelt jedes Individuum aus den Lebensstilen, die es meist in seinem direkten Umfeld vorfindet, einen eigenen.

Dabei gibt es kleinere, überschaubare Gemeinschaften wie die Familie, die Clique, den Freundeskreis, deren Mitglieder sich alle untereinander kennen. Es gibt größere Gemeinschaften, die eher durch gemeinsame Feste, Kleidungsgehnheiten und ähnliches wirken. Die Grenzen sind in der Regel fließend, es gibt umfassendere Gemeinschaften und ihre Untergemeinschaften – man kann sich als Wienerin fühlen oder als Favoritnerin.

Doch die Gesamtgesellschaft ist als Hilfe bei der Suche nach einer Identität eher ungeeignet. Sie ist dafür zu groß, zu unübersichtlich und vor allem zu heterogen. Die Grundwerte unserer Gesellschaft (wie etwa das Recht auf Freiheit oder auf Gleichheit) sind ein ungreifbarer Minimalkonsens. Man kann sie zwar respektieren, aber für Identitätsstiftung ist das zu wenig. Sich in die Gesellschaft einzuordnen bedeutet eher, sich mit Gruppen zu identifizieren, die in die Gesellschaft integriert sind. Jedes Individuum soll die Freiheit haben, sein Leben selbst zu gestalten. Dazu gehört die Freiheit, selbst zu entscheiden, mit welchen Gruppen man sich identifiziert. Zum Beispiel wird derzeit gelegentlich die Frage diskutiert, inwiefern Jugendliche, die in eine stark religiös geprägte Gemeinschaft hineingeboren wurden, die Chance haben, sich in die Subkultur der Lesben oder Schwulen zu integrieren.

Für eine funktionierende Gesellschaft ist es notwendig, das Zusammenleben der Menschen so zu koordinieren, dass sie sich gegenseitig bei ihrer Selbstentfaltung nicht im Weg stehen. Diese Aufgabe wird dadurch nicht leichter gemacht, dass jede Gesellschaft ihre Geschichte hat und dass sich im Verlauf dieser Geschichte in der Regel ein traditionelles Rollenbild entwickelt hat. (Genauer gesagt sind es meist mindestens zwei tradierte Rollenbilder, nämlich ein männliches und ein weibliches. Da dem Individuum jedoch bereits als Baby eines zugewiesen wird, steht ihm im Prinzip nur eines zur Verfügung.)

Immer wieder kann es geschehen, dass jemand bewusst oder unbewusst versucht, anderen Leuten die überkommenen Vorstellungen aufzuzwingen, wo diese sich nicht nach ihnen ausrichten wollen. Auf der anderen Seite werden diese Vorstellungen immer mehr in Frage gestellt. Gerade daraus ergibt sich ein weiteres Konfliktpotenzial. Denn in ihrer Verunsicherung versuchen die Menschen, das eigene Ich durch Sich-Abheben vom Anderen zu definieren – Männer und Frauen, gute und schlechte SchülerInnen, ÖsterreicherInnen und AusländerInnen; wir und die Anderen.

### Schmelztiegel versus Salatschüssel

In der Stadtplanung wird diese Frage akut, wenn es darum geht, die Wohnorte von Personengruppen unterschiedlicher ethnischer Herkunft zu verteilen bzw. Ansiedlungstendenzen zu steuern. Dafür gibt es zwei einander entgegengesetzte Prinzipien: Man kann verschiedene Gruppen *miteinander* oder *nebeneinander* leben lassen. In einem Fall wird die räumliche Trennung (die *Segregation*) möglichst gering gehalten, die einzelnen Gruppen werden so stark wie möglich im Stadtraum verteilt und somit gesamtstädtisch durchmischt. Das bedeutet, dass VertreterInnen unterschiedlicher Gruppen immer wieder aufeinander treffen.

Im anderen Fall kann jede Gruppe ein Gebiet beanspruchen, in dem sie sich frei entfalten kann, ohne sich ständig mit anderen Gruppen auseinandersetzen zu müssen. Das Konzept des „Miteinander“ wird auch als *Melting-pot-Prinzip* bezeichnet, das entgegengesetzte als *salad bowl* (Salatschüssel). Das sind natürlich zwei Extreme, die als

zwei Enden eines Kontinuums angesehen werden können; es ist fraglich, ob sie in der Realität tatsächlich dermaßen in Reinkultur auftauchen.<sup>1</sup>

Wie komplex die Begriffe „miteinander“ und „nebeneinander“ funktionieren, zeigt sich, wenn man sie mit den Begriffen „Stadt“ und „Dorf“ zu kombinieren versucht. Dörfern wird allgemein ein hoher Grad an „Miteinander“ nachgesagt, was durch die überschaubare Bevölkerung erreicht wird. Damit geht eine starke soziale Kontrolle einher, die die Durchsetzung eines gemeinschaftlichen Rollenbildes fördert. Mit der Stadt dagegen wird vielfach Anonymität assoziiert, die persönliche Freiheit, aber auch Einsamkeit und Orientierungslosigkeit bedeuten kann.

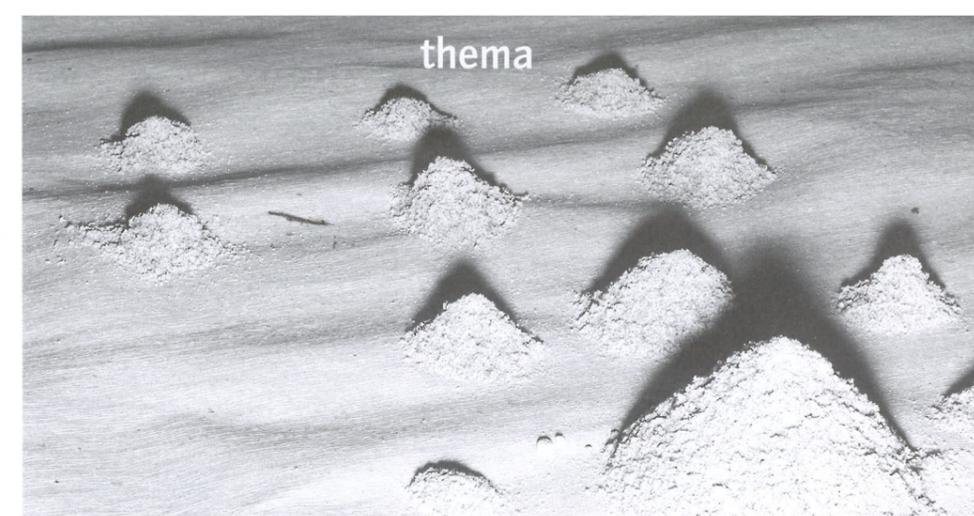
Auf der anderen Seite stehen die Dörfer in hohem Maß nebeneinander, zwischen ihnen findet eher wenig Kommunikation statt. Nicht umsonst wird das „Nebeneinander“-Konzept in Kanada, wo es eine gewisse Tradition hat, oft unter dem Ausdruck „ethnische Dörfer“ verhandelt. Die Stadt gilt dagegen als der Ort, an dem man auf das Fremde trifft und sich mit ihm auseinandersetzen muss, wodurch auch gegenseitige Akzeptanz geübt werden kann (in diesem Zusammenhang wird auch von der „Schule der Urbanität“ gesprochen).

### Formen und Gründe der Verinselung

Zur Zeit wird von einigen AutorInnen eine Verinselung der städtischen Strukturen beobachtet. Einzelne Stadtteile funktionieren immer mehr autark, die Bewohnerschaft hat weniger Kontakt zu der Umgebung. Das Wohngebiet bildet kein Kontinuum mehr, sondern zerfällt in einzelne Dörfer. Die Wahrnehmung wird auf einen kleinen Ausschnitt der Umgebung reduziert. (Oft wird dies mit dem Schlagwort „Inselurbanismus“ bezeichnet. Für das Phänomen von Wohnsiedlungen, die sich nach außen abschotten, gibt es den Begriff „gated communities“, also „umzäunte Gemeinschaften“).<sup>2</sup>

Segregation, Integration und Synergie können sich auch unabhängig von der räumlichen Anordnung entwickeln. Wenn die Stadt mit der U-Bahn in kurzer Zeit zu durchqueren ist, wird das Sich-Versammeln zu einer Frage der Verständigung. Hier bieten elektronische Kommunikationsmedien eine ganze Palette von Möglichkeiten. Virtuelle Räume sind nicht nur ein Mittel der Kommunikation, sie können einen Treffpunkt für sich darstellen.

In einem Zeitungsartikel über die türkische Minderheit im 15. Bezirk heißt es: „[B]raucht



man Hilfe, klopft man nicht beim Nachbarn an, sondern fährt zu den ebenfalls in Wien lebenden Geschwistern.“<sup>3</sup> Dagegen stellt eine Studie über jugendliche MigrantInnen im 2. und 20. Bezirk fest, dass diese in der Freizeit ihre Wohnumgebung seltener verlassen als Jugendliche mit deutscher Muttersprache und dort eher unter sich bleiben.<sup>4</sup> Soziale Segregation kann mit und entgegen den räumlichen Gegebenheiten erfolgen.

Obwohl sich der urbane Raum schon immer in selbstorganisierenden Prozessen ausdifferenziert hat, scheinen viele Leute mit einer allzu starken Durchmischung der Bewohnerschaft Probleme zu haben. Es scheint denkbar, dass Gemeinschaften ebenso wie Individuen ihre Rückzugsräume benötigen, in denen sie sich entfalten können. Möglicherweise ist der Rückzug in Gated Communities eine Fluchtreaktion von Leuten, die von einem Zuviel an Konfrontation mit dem Fremden überfordert sind.

Aber auch eine unbekannte, bereits abgeschottete Nachbarschaft kann beängstigend wirken und weitere Einigelung provozieren – die Segregation der Gemeinschaften voneinander verstärkt sich selbst. Gegen die Ängste, die hier im Spiel sind, können einfache planerische Lösungen wie die stärkere Ausleuchtung von Wegen oder Beseitigung von Ecken nur wenig ausrichten. Sowohl ein Zuviel als auch ein Zuwenig an Ausdifferenzierung kann integrationshemmend wirken.

### Balance von Neben- und Miteinander

Diese Beispiele sollen zeigen, wie schwierig eine sinnvolle Integration ethnischer Minderheiten zu erreichen ist. Es scheint sinnvoll zu sein, die Ausdifferenzierung urbaner Räume (und somit die tendenzielle „Ghettoisierung“) mit Methoden des „Transfers“ zwischen den einzelnen Räumen zu verbinden. Das ist leichter gesagt als getan. Es ist ein intelligentes, fast listiges Zeit- /Raumarrangement notwendig, um die dichten Nutzungen und Nachbarschaften logistisch zu steuern. Die Konfrontation von zu großen oder konfliktbeladenen Gesell-

schaftsdifferenzen muss vermieden werden. Die Stadt Wien setzt in ihrem Versuch einer sozialen, sanften Stadterneuerung schon seit langem auf „moderate Segregation“, das Prinzip lautet: ein möglichst großes konfliktfreies Miteinander, wenn nötig ein Nebeneinander.

Wo steht in diesem Begriffspaar die „Parallelgesellschaft“? Der Ausdruck scheint das Extrem des Nebeneinanders zu bezeichnen: Man könnte an zwei nebeneinander existierende Gemeinschaften denken, die einander nichts zu sagen haben (was vermutlich schlimm genug wäre). Allerdings wird dieser Begriff dazu verwendet, bestimmten Leuten vorzuwerfen, sie würden sich gegen die Grundwerte der Gesamtgesellschaft richten. Sofern hier nicht eine unglückliche Wortwahl überinterpretiert wird, könnte das politisch heißen: Wer nicht mit uns will, ist gegen uns – ein Nebeneinander gibt es nicht. Tatsächlich scheint es aber fraglich, ob eine pluralistische Gesellschaft ohne ein gewisses Maß an Nebeneinander tatsächlich funktionieren kann.<sup>5</sup> Es bleibt eine wichtige und schwierige Aufgabe, die Balance zu finden zwischen Nebeneinander und Miteinander, zwischen der Ausdifferenzierung von Subkulturen und ihrem Zusammenhalt in einer funktionierenden Gesellschaft.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Vgl. Stadt Wien, MA 18 (2006): *Integration im Öffentlichen Raum. Endbericht* – 9. Januar 2006: 85.

<sup>2</sup> Vgl. Rudolf Kohoutek (2003): „Abschied von der Urbanität. Wohnen und Stadt als Projekt und Produkt“, in: *derive – Zeitschrift für Stadtforschung*, Nr. 10: 6-7; Bernadette Wolbring (2003): „Imaginäres Habitat. Disneys Wirklichkeitsstiftung in Celebration“, ebd.: 18-19.

<sup>3</sup> Wiener Zeitung (15. Oktober 2005): „Am Rande von Wien-Fünfhäuser“.

<sup>4</sup> Stadt Wien, MA 18 (2004): *Freizeitsituation jugendlicher MigrantInnen; Öffentliche Räume im „Ziel-2-Gebiet“ im Kontext der Nutzung durch jugendliche Migrantinnen und Migranten* (Werkstattbericht Nr. 69). Wien: 8.

<sup>5</sup> Vgl.: Anton Pelinka (2003): „Demokratie Weg und Ziel. Zwischen Gleichheit und Differenz“, in: Wiener Hefte zu Migration und Integration in Theorie und Praxis; Defizitäre Demokratie, MigrantInnen in der Politik.

Udo W. Häberlin ist tätig im „Referat für Stadtforschung und Trendanalysen“ der MA18 der Stadt Wien; als Stadtplaner beschäftigt er sich mit Wohn- und Lebensformen, Gender Studies und Diversity Participation.

Hannes Alkin studiert Philosophie an der Universität Wien. Seine Interessen umfassen unter anderem Identität und Lebensstil.

Das französische Schulsystem steckt in einer tiefen Krise. Das Gleichheitsprinzip ist in diesem einst renommierten System zum Deckmantel für strukturelle Benachteiligungen verkommen. Sichtbar ist dies nicht erst seit vergangener Herbst, als in Frankreich Granaten flogen und Autos brannten.

## Zwischen Drahtzäunen keine Chance

Elke Salomon

Der 13-jährige Hakim besucht das Collège Jules Ferry, eine typische Mittelschule in einem Vorort von Paris. Haushohe Drahtzäune riegeln das Gebäude hermetisch ab. Überall sind Kameras installiert: an den Zäunen, im Vorhof, am Gebäude selbst. Damit kein Unbefugter hinein und keiner unbefugt hinaus kann. Drückt man auf den Klingelknopf, nähert sich skeptisch eine Aufsichtsperson dem Gitter.

Neben diesen „AufseherInnen“ gibt es an Frankreichs Schulen noch andere so genannte Überwachungsgruppen: 2003 hatte sie der damalige französische Bildungsminister Luc Ferry zur Bekämpfung der „Banalisierung des Antisemitismus“ eingeführt. Wirft man einen Blick auf die Sprüche, die auf die Außenfassade der Schule gesprüht sind, wird deutlich, was Ferry meinte. Auch im Bildungsministerium selbst und in jedem Schulrektorat wurden damals eigene „Überwachungs- und Aktionsgruppen“ eingesetzt: Sie sollen SchuldirektorInnen beraten und bei der Bekämpfung des zunehmenden Rassismus und Antisemitismus unterstützen.

Hakims Schule liegt im Nordosten von Paris, jenseits der Ringautobahn „Périphérique“, die eine Trennlinie zieht: zwischen der Stadt mit den verzückten Touristenströmen und den Vorstädten mit ihren tristen Hochhäusern. In diesen so genannten *banlieue* leben vor allem sozial schwache Familien und Einwanderer aus den ehemaligen nordafrikanischen Kolonien. Die Infrastruktur dort ist mangelhaft, Raum für Freizeitgestaltung ist kaum vorhanden.

Dass in diesen Vorstädten einiges im Argen liegt, war lange vor den jüngsten Unruhen klar. Gewalt hat in den *banlieue* ein altes Gesicht: Schon in den frühen Achtzigern

war es zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen. Damals bereits dämmerte es den PolitikerInnen, dass es allein mit dem 1977 aufgelegten Programm zur Verschönerung der Vorstädte nicht getan war.

### Die Idee: Mehr Geld für sozial Schwache

Hat man die Gitter und Kameras überwunden, sieht es in Hakims Schule gar nicht schlecht aus. Zumindest vordergründig: Hier arbeiten prozentuell mehr LehrerInnen als in anderen Gebieten; die Möbel in den Klassenzimmern sind neu, es gibt einen Computerraum mit Internet, einen großen Videoraum, im LehrerInnenzimmer finden sich Farbdrucker und Scanner. Kein Vergleich mit anderen Schulen an anderen Orten, wo regelmäßig Tische und Stühle unter der Last der vielen SchülerInnen und Jahre zusammenkrachen.

Was unwahrscheinlich klingt, ist leicht erklärt: Die linken Regierungen der 80er Jahre errichteten in sozial schwachen Gebieten so genannte *zones d'éducation prioritaires*, besser bekannt als ZEP: Es sind dies Sozialhilfemaßnahmen, in denen Schulen mehr Mittel und Jugendliche spezielle Hilfen zur Ausbildung und Eingliederung ins Berufsleben erhielten. „Die Idee war, dass alle staatlichen Dienste, die sozialen Einrichtungen, die Justiz, das Bildungssystem, gemeinsam an Lösungen arbeiten sollten“, erläutert die Soziologin Nicole Leguennec.

Diese Politik wurde auch unter den Konservativen fortgesetzt. Die in die Vorstädte investierten Ausgaben sind in den vergangenen Jahrzehnten steil gestiegen: In ganz Frankreich gibt es heute über 700 der erwähnten ZEP, dazu 751 „sensible städtische Zonen“, die spezielle Subventionen erhalten, und 58 „städtische Freizonen“, wo

sich Unternehmen zu steuerlich günstigen Bedingungen ansiedeln können. Die Summe aller öffentlichen Sonderausgaben für sozial schwache Wohngebiete belaufte sich 2005 auf zehn Milliarden Euro, sagt Eric Raoult, der von 1995 bis 1997 Minister für Stadtentwicklung in der Regierung Juppé war.

Hakim sind diese Maßnahmen egal, seine Lage und seine Zukunftsperspektiven haben sich durch die Programme nicht verbessert. Die Gefahr, dass der 13-Jährige in ein paar Jahren arbeitslos sein wird, ist groß: Er würde dieses Schicksal mit über 30 Prozent der Jugendlichen in seiner Wohngegend teilen. Wie vor 30 Jahren sind die EinwohnerInnen der Vorstädte deutlich ärmer als die durchschnittliche Bevölkerung in Frankreich. Arbeitslosen- und Kriminalitätsraten sind hoch.

### Das Resultat: Sinnlose Maßnahmen

Nach dem Fiasko im vergangenen Jahr weiß alle Welt: Die politischen Maßnahmen konnten gegen die Marginalisierung dieser Zonen nichts ausrichten, PolitikerInnen mussten ihr Scheitern eingestehen. Nicht so Innenminister Nicolas Sarkozy: Er war durch scharfe Äußerungen und Pläne im Zuge der Ausschreitungen – er wollte unter anderem die „ausländischen Gewalttäter in ihr Herkunftsland“ ausweisen – ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Und spielte den Ball gleich weiter: Die Politik habe den dramatischen Entwicklungen in den Vorstädten 30 Jahre lang tatenlos zugesehen. Den Vorwurf des Innenministers wollten die früheren Verantwortlichen nicht auf sich sitzen lassen. So versicherte der letzte sozialistische Minister für Stadtentwicklung, Claude Bartolone, die sozialen Maßnahmen hätten vielen EinwohnerInnen der Problemviertel weitergeholfen – nur seien sie dann weggezogen. „Sie sind von Frauen und Männern mit sehr großen Nöten ersetzt worden“, sagt er.

Wegen des offiziellen Gleichheitsgebotes existieren in Frankreich wenige bis gar keine ethnischen oder konfessionellen Statistiken. Ghettobildung und Diskriminierung sind dennoch unbestrittene Fakten. Die Ineffizienz der Kommunalpolitik bestätigen auch aktuelle Forschungsergebnisse des Nationalen Instituts für Statistik und wirtschaftliche Studien (INSEE): Sie kamen bei der Untersuchung französischer Pflichtschulen zu dem Ergebnis, dass es sich bei den Programmen der Regierung eher um kosmetische Operationen als um effiziente Maßnahmen handle. Die Ausgaben für die ZEP seien außerdem viel zu niedrig und kämen vorwiegend dem schulischen Personal zu Gute.

### Lehrer trauen der Schule nicht

In Frankreich gibt es Ganztageschulen; erst mit 15 Jahren werden SchülerInnen zum ersten Mal differenziert, vorher besuchen alle zusammen eine Mittelschule, das Collège. Das gesamtschulartige Modell gilt vielerorts als nachahmenswert. So empfiehlt eine für die EU-Kommission erstellte Studie des Dänischen Technologischen Instituts Österreich, von einem stark differenzierten Schulsystem abzugehen, das Kinder bereits mit zehn Jahren in Haupt- und AHS-SchülerInnen trennt. Es gebe einen klaren Zusammenhang: Je differenzierter das System sei, desto größer seien die Unterschiede zwischen stärksten und schwächsten SchülerInnen.

In der Realität sieht das französische Erziehungsmodell freilich anders aus: Zum einen würden heute rund 20 Prozent der Kinder Privatschulen besuchen, schätzt der französische Soziologe Alain Touraine in einem Interview mit der Schweizer *Weltwoche*. 40 Prozent aller SchulabgängerInnen haben nach seinen Angaben mindestens einen Teil ihrer Ausbildung an einer Privatschule absolviert.

Zum anderen unterrichten immer mehr Eltern aus wachsendem Misstrauen gegenüber dem einst so renommierten staatlichen Schulsystem ihre Sprösslinge zu Hause. Die amtliche Zahl der HeimschülerInnen liegt etwa bei 20.000, doch Privatschulen, die Fernkurse anbieten, berichten von explosionsartigem Wachstum. Viele HeimschülerInnen sind Kinder von LehrerInnen: „Ich wollte meine Kinder nicht in die Schule schicken, nachdem ich sie von innen gesehen hatte“, sagt Jean-Claude Marcel von „Les Enfants d'Abord“ (Kinder zuerst), einer Vereinigung von 400 Familien, die ihre Kinder zu Hause unterrichten. Der ehemalige Bildungsminister François Fillon ist derselben Ansicht: „Jedes Jahr verlassen 80.000 Kinder die Volksschule, ohne wirklich lesen, schreiben oder rechnen zu können“, erklärte er Anfang 2005 vor einem Parlamentsbeschluss. „Die reichen Städte der *Ile de France* zeigen sich finanziell immer weniger solidarisch mit den armen“, titelte die Tageszeitung *Le Monde* im November. Die Schlagzeile betraf zwar die Ausschreitungen, hätte aber genauso gut die Bildungsmisere beschreiben können.

### „Egalité“ ist ein Mythos

Das französische Erziehungssystem steckt in einer Krise. Menschen wie Hakim, deren Eltern sich eine Privatschule nicht leisten können, haben Pech gehabt: Laut dem Amt des französischen Premierministers Dominique de Villepin will die Regierung

heuer 2.500 Posten im Bildungsministerium streichen; das Unterrichtspersonal soll dieses Mal angeblich nicht betroffen sein. Anders in den vergangenen Jahren, als es in Frankreich wiederholt zu Protesten von LehrerInnen und SchülerInnen gegen den Stellenabbau an Schulen und den allgemeinen Sparkurs der Regierung im Bildungswesen kam. Das französische Modell, das allen dieselbe Ausbildung bietet, ist heute nur mehr ein Mythos.

Was als Ungleichheit beginnt, schaukelt sich immer mehr auf: Nach der Mittelstufe kommen französische SchülerInnen ins Lycée, das Pendant zu unserer höheren Schule, von dem es drei Typen gibt: das *Lycée général*, das *Lycée technique* und das *Lycée professionnel*. Die Ausbildung in den *Lycées professionnels* ist mit einer Lehre vergleichbar: Sie ist weniger anspruchsvoll als die anderen Schultypen. Der Anteil der Immigrantenkinder an den *Lycées professionnels* liegt in manchen Berufsrichtungen bei 95 Prozent.

Die Elitehochschulen, die *Grandes Écoles*, allen voran die Verwaltungseliteschmiede ENA, tun in der zentralistischen Grande Nation ihr Übriges: Sie weisen eine „ausgeprägte und permanente soziale und kulturelle Selektion“ auf, wie das INSEE in einer Studie erklärt. „In Irland gibt es die IRA, im Basenland die ETA und in Frankreich die ENA.“ Diesen Spruch hat Hakim aufgefangen. Und prahlt mit dieser Aussage, deren Bedeutung er noch nicht versteht.

Im vergangenen Dezember fand in Wien eine Veranstaltung zum Thema „Bildungsbe/nach/teilung und Migration – in Österreich und im internationalen Vergleich“ statt. Zuwandererkinder hätten auch in Österreich einen schlechteren Zugang zur höheren Bildung, erklärte dabei Hilde Weiss vom Institut für Soziologie der Universität Wien. Besonders negativ wirke sich die Konzentration ausländischer Jugendlicher in Klassen aus.

Was Frankreich angeht, ortet der Soziologe Alain Touraine auch ein Problem in der „Ablehnung von arabischstämmigen Franzosen, selbst wenn sie bestens integriert sind“. Es fange damit an, „dass man von Immigranten redet, obwohl die Bevölkerungsgruppen, die uns heute vor Integrationsproblemen stellen, absolut keine Immigranten sind“. Es ist, als spreche er von Hakim: Er wurde in Frankreich geboren, hat die französische Staatsbürgerschaft, wird in Frankreich ausgebildet und spricht Französisch als erste Sprache. Der Zugang zu höherer Bildung wird ihm dennoch versagt bleiben.

Elke Salomon ist derzeit Pressereferentin beim Verein „Aktion Leben“, freie Journalistin und war 2003/04 als bilaterale Fremdsprachenassistentin an zwei französischen Schulen in den Pariser Vororten tätig. Die Autorin verfasste diesen Artikel noch vor den jüngsten StudentInnenstreiks und -Kundgebungen in Frankreich.



Thema-Fotos: Mehmet Emir

## Interkulturelle Kompetenz gegen Ethnofalle

Bernhard Perchinig

*Die aktuelle Bevölkerungsprognose der Statistik Österreich zeigt für Kärnten nichts Gutes: Schon jetzt zählt Kärnten zu den am stärksten überalterten Bundesländern.*

Im Jahr 2050 wird Kärnten den höchsten Anteil an Über-60-Jährigen (39,2 %) und den niedrigsten Anteil an Unter-14-Jährigen (11,8 %) aufweisen. Wie eine Studie der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK-Prognosen 2001 – 2031, Teil 1, 2004) zeigt, trifft die demografische Alterung nicht alle Regionen gleichmäßig. Während die Zahl der Unter-20-Jährigen in den Städten Klagenfurt und Villach bis 2031 um etwa ein Fünftel abnehmen wird, wird es in den Bezirken Klagenfurt-Land, Villach-Land, Völkermarkt und Hermagor um 30 bis 40 Prozent weniger junge Menschen als heute geben, die Zahl der Über-65-Jährigen wird in den ländlichen Regionen stärker ansteigen als in den beiden großen Städten.

Diese demografische Entwicklung hat massive Auswirkungen auf den ländlichen Raum: Die Abnahme jüngerer Haushalte bedeutet auch einen Rückgang der wirtschaftlichen Dynamik; die Versorgungsqualität der Bewohner und der finanzielle Handlungsspielraum der Kommunen sinken.

Die Kärntner Slowenen sind aufgrund ihrer Siedlungsstruktur von diesem Wandel massiv betroffen, bedeutet er doch auch das Schrumpfen der sozialen Basis für die im ländlichen Raum verankerten Kulturarbeit und eine Überalterung der in den Vereinen heute aktiven Mitglieder, während sich die schon seit Jahren zu beobachtende Urbanisierung verstärkt fortsetzen wird. Dieser demografische Wandlungsprozess selbst ist unaufhaltsam, es ist jedoch möglich, sich auf ihn einzustellen. Dazu bedarf es jedoch des Überdenkens der die aktuelle Volksgruppenpolitik prägenden Paradigmen.

### „Kärnten spricht Deutsch“

Die Kenntnis und die Nutzung beider Landessprachen war im 19. und auch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts für die gebilde-

ten Bewohner des heutigen zweisprachigen Gebietes eine Selbstverständlichkeit. Erst die nationale Polarisierung der Elitenkonflikte des Habsburgerreiches – deutschnational orientiertes Bürgertum, Beamten- und Lehrerschaft sowie Großbauern auf der einen, katholisch-monarchistisch und pro-slavisch orientierter Adel und Kleinbauern auf der anderen Seite – machte den Sprachgebrauch zum Stigma nationaler Zugehörigkeit. Wo früher die Kenntnis beider Landessprachen ein Zeichen für Bildung und regionale Herkunft war, wurde sie nun zu einem Negativmerkmal der vermeintlichen Zugehörigkeit zu einem konkurrierenden Nationsprojekt gemacht. Der Vereinheitlichungszwang des Nationalismus erklärt sprachliche Einfalt zur Norm und versteht Mehrsprachigkeit als Bedrohung. Seinen Höhepunkt erreichte der Homogenisierungsdruck in der Verfolgung der Kärntner Slowenen im Naziregime. Der von diesem in den Dörfern plakatierte Slogan „Kärnten spricht Deutsch“ wirkt jedoch noch bis heute nach.

Die slowenische Volksgruppe ist heute – anders als die deutschsprachige Bevölkerung – durchgängig zumindest zweisprachig. Die Wahrnehmung und der politische Diskurs erfolgen jedoch noch immer in den Kategorien des Nationalismus, in dem Sprache zum zentralen Merkmal von Zugehörigkeit erklärt und damit die Tatsache der Zweisprachigkeit verdeckt wird.

Genau auf dieses nationalistische Muster wird in der von verantwortungslosen Landespolitikern inszenierten Ortstafeldebatte zurückgegriffen: die zweisprachigen Ortstafeln zu einer Bedrohung stilisieren und nicht davor zurückschrecken, durch Missachtung und Verächtlichmachen der Höchstgerichte den demokratischen Rechtsstaat zu beschädigen. Während Mehrsprachigkeit einer Region im übrigen Europa als regionaler Standortvorteil gilt, auf den zweisprachige topografische Aufschriften mit Stolz hinweisen, redet die Kärntner Landesregierung der sprachlichen Einfalt das Wort: Haiders Ethnofalle hat zugeschlagen und hält das Land in der Vergangenheit gefangen.

### Zweisprachigkeit als Kompetenz

Anders als im Nationalismus des 19. Jahrhunderts geht es im europäischen Einigungsprozess jedoch nicht um kulturelle Homogenisierung, sondern um Integration auf der Basis kultureller Vielfalt. Interkulturelle Sensibilität und Mehrsprachigkeit sind Kernkompetenzen für die zukünftige europäische Entwicklung, in der nicht nur mehr große internationale Konzerne, sondern auch die meisten mittleren Firmen sich in einem nationsübergreifenden Markt positionieren müssen.

Nur wenige Menschen sind in der glücklichen Lage, diese Kompetenzen wie selbstverständlich mitzubekommen – unter anderem genau die so genannten ethnischen Minderheiten. Allerdings verstellt gerade die Wahrnehmung als „ethnische Minderheit“ den Blick darauf, dass ihre bilinguale und bikulturelle Kompetenz sie tendenziell zu einer europäischen Elite macht. Interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit erwerben Kinder nämlich nirgends besser als in einer zweisprachigen Familie, einem zweisprachigen Kindergarten und einem zweisprachigen Schulsystem, wenn diese auch gegen Anfeindungen von außen den Wert der Minderheitensprache hochhalten und diese emotional positiv besetzen. Genau diese Chance haben viele Kinder slowenischer Herkunft heute.

Internationale Konzerne, Banken oder das Außenministerium haben die Bedeutung der Mehrsprachigkeit und interkultureller Kompetenz schon lange erkannt, wie man an den sehr erfolgreichen Karrieren vieler junger Kärntner Sloweninnen und Slowenen außerhalb Kärntens sehen kann. Dass in Kärnten selbst die Bedeutung dieser Kompetenz nicht erkannt wird, ist eine treffliche Illustration für die Torheit der dort Regierenden.

Angesichts der demografischen Entwicklung liegt im Fokus auf Sprachkompetenz und im Bewusstsein, dass Minderheiten tendenziell europäische Eliten sind, die sinnvollste Strategie für die Zukunft der slowenischen Volksgruppe. Eine kluge Landespolitik würde das in einer zweisprachigen Bevölkerung liegende Potenzial durch Förderung und Sichtbarmachung im öffentlichen Raum unterstützen und durch zweisprachige topografische Aufschriften stolz dokumentieren. Doch Klugheit ist wohl das Letzte, was dieser Landesregierung zuzutrauen ist.

**Bernhard Perchinig**  
arbeitet als Politikwissenschaftler am Institut für Europäische Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

## Die Vergangenheit lässt kaum jemanden los

Exilirakis in Österreich

Thomas Schmidinger

*„Zum ersten Mal können wir Exiliraker in Wien wählen. Vor einigen Jahren hätte ich mir nicht im Traum gedacht, dass ich das noch erleben werde.“*

Nareman Darbandi ist sichtlich stolz, nachdem er in der Irakischen Botschaft in Wien seine Stimme abgegeben hat, fügt jedoch hinzu: „Ich hoffe, wir werden bald dem Terror ein Ende setzen und ein wirklich demokratisches System aufbauen.“

Nareman Darbandi ist einer von 4.000 bis 5.000 Irakis, die im Laufe der 35 Jahre dauernden Diktatur der Ba'th-Partei nach Österreich gekommen sind. Sie bilden nur einen kleinen Teil der insgesamt über vier Millionen irakischen Exilanten. Die meisten Austro-Irakis leben heute in Graz, Linz und Wien. Dort haben sich auch die wichtigsten Vereine und Institutionen des irakischen Exils in Österreich niedergelassen. Fast alle ehemaligen Oppositionsparteien des Irak haben bis heute Vertretungen in Österreich. Da der größte Teil der Exilirakis in Österreich aus Kurdistan stammt, sind es auch die großen kurdischen Parteien, PUK und KDP, die über die größte Anhängerschaft verfügen.

Aber auch das kommunistische Exil ist in Wien prominent vertreten. Eine ganze Reihe Intellektueller sammeln sich um die traditionsreiche *Irakische Kommunistische Partei* und ihre kurdische Schwesterpartei. Gemeinsam mit anderen linken Exilirakis haben sie jahrelang im Verein *bayt al-Iraq* (Irakisches Haus) wichtige Exilaktivitäten koordiniert. Heute unterhalten sie ein kleines Vereinslokal im 16. Wiener Gemeindebezirk. Hier werden auch gemeinsame Feste gefeiert oder Gedenkveranstaltungen für die kommunistischen Opfer des Ba'th-Regimes abgehalten.

Auch schiitisch-islamische Oppositionelle bauten im Laufe der Zeit ihre eigenen Institutionen auf. Dabei gibt es nicht nur Vertretungen der beiden großen schiitischen Parteien, SCIRI und *Da'wa*, sondern auch eine eigene irakisch-schiitische Moschee, die *ahl al-bayt*-Moschee im 17. Wiener Gemeindebezirk. Sie dient heute auch als soziales Begegnungszentrum. Jedes Jahr wird der Hinrichtung wichtiger schiitischer Oppositioneller wie Muhammad Baqr al-Sadr gedacht.



Nareman Darbandi bei der Wahl in der Irakischen Botschaft in Wien

Neben schiitischen Oppositionellen fanden auch Mandäer, Yezidi und irakische Christen mit ihren Parteien ihren Weg nach Österreich. Assyrisch-orthodoxe Gemeinden feiern heute in Wien und Linz ihre Gottesdienste in aramäischer Sprache.

### Exilirakis in der österreichischen Politik

Aber nicht nur in der Exilpolitik, sondern auch in der österreichischen Politik wurden Irakis im Laufe der Zeit aktiv. Einer davon ist der Wiener SPÖ-Gemeinderat Omar al-Rawi, der zugleich als Integrationsbeauftragter der *Islamischen Glaubensgemeinschaft* (IGGIÖ) fungiert. Unter den Exilirakis ist er allerdings alles andere als unumstritten. „Er und die Glaubensgemeinschaft haben sich während des Ba'th-Regimes nie von Saddam distanziert und verarmlos es bis heute“, behauptet etwa Ali Al-Zahid, Gründer des Österreichisch-Irakischen Freundschaftsvereins *Iraquna*. Ein Vorwurf, den al-Rawi bestreitet. Innerhalb der SPÖ gibt es allerdings auch Kritik an der Einbindung von Vertretern eines politisch verstandenen Islam. Aziz Miran, aus dem Nordirak stammender SPÖ-Bezirksrat und Integrationssprecher im 3. Wiener Gemeindebezirk, meint: „Leider haben die österreichischen Parteien nur um die Stimmen der Moscheen gekämpft und sich bisher zu wenig für die säkulare Gruppen interessiert.“

Selbst unter den religiösen Irakis Wiens ist eine gewisse Distanz zur offiziellen

*Islamischen Glaubensgemeinschaft* festzustellen. So kritisieren schiitische Vertreter immer wieder die einseitige sunnitische Dominanz der IGGIÖ, die sich auch bei der Auswahl der Religionslehrer in den österreichischen Schulen widerspiegelt. Einer dieser Religionslehrer, Mujahid al-Janabi, ist neben seiner Tätigkeit als Religionslehrer in St. Pölten Vertreter der sunnitischen *Front der Eintracht* in Österreich. „Ihr Parteichef Adnan al-Dulaimi hat bei den Wahlen erklärt, er würde Meinungsfreiheit und Demokratie für westliche Krankheiten halten“, kritisiert Al-Zahid von *Iraquna*.

Überhaupt ist die Frage der Nähe zum gestürzten Ba'th-Regime immer noch zentrales Thema der Konflikte innerhalb der Austro-Irakis. Während die österreichischen Freunde Saddam Husseins um die *Irakisch-Österreichische Gesellschaft* von FP-Volksanwalt Stadler nach dem Sturz des Regimes ihre Aktivitäten weit gehend einstellen, haben sich die irakischen Anhänger Saddam Husseins mittlerweile in einem eigenen „Kulturverein“ in der Stollgasse im 7. Wiener Gemeindebezirk reorganisiert. Die Gegner des Ba'thismus haben sich hingegen nicht nur bei *Iraquna*, sondern auch im *Österreichisch-Irakischen Verband für Entwicklung* (AIAD) zusammengeschlossen, der im Jänner eine große „Konferenz gegen Extremismus und Terror“ organisierte.

Die Vergangenheit lässt jedoch kaum jemanden los. Während viele ehemalige Oppositionelle nach 2003 ihre Botschaft wieder in Besitz nahmen, erzählt mir der linke irakische Schriftsteller Kasim Talaa im *Irakischen Club*, einem irakischen Café und Kulturzentrum in Wien-Meidling, von seiner Skepsis: „In der Botschaft sind noch zu viele, die für das alte Regime gearbeitet haben und jetzt einfach so tun, als wäre nichts gewesen. Ich habe zwei Brüder und viele meiner Genossen verloren. Ich kann das nicht vergessen. Wenn ich die Botschaft betrete, verfolgen mich immer noch die Schatten der Vergangenheit.“

### Webtipps:

Österreichisch-Irakischer Freundschaftsverein *Iraquna*: [www.iraquna.at](http://www.iraquna.at)  
Österreichisch-Irakischer Verband für Entwicklung: [www.aiad.at](http://www.aiad.at)  
*Bayt al-Iraq*: <http://members.chello.at/iraqhouse/index.htm>

**Thomas Schmidinger**  
ist Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und Mitarbeiter der im Irak aktiven NGO *Wadi* ([www.wadinet.at](http://www.wadinet.at)).

## Minderheit sichtbar machen

### Behinderte Menschen, Barrieren und Diskriminierung

Ursula Naue

*Barrieren kann man aus verschiedenen Blickrichtungen betrachten: Man kann auf die Person fokussieren, die etwa aufgrund ihrer Beeinträchtigung in einem Rollstuhl sitzt und nicht in der Lage ist, Stufen zu überwinden, um in ein Gebäude zu gelangen. Man kann jedoch den Blick auch darauf richten, dass beispielsweise keine Rampe vorhanden ist, die es dieser Person ermöglichen würde, in das Gebäude hineinzukommen.*

Die beschriebenen Möglichkeiten, an das Problem von Barrieren heranzugehen, entsprechen im Großen und Ganzen zwei unterschiedlichen Modellen von Behinderung, nämlich dem medizinischen und dem sozialen Modell von Behinderung. Ersteres individualisiert Behinderung, indem es Behinderung primär als medizinisch-körperliches Phänomen eines Individuums sieht. Das soziale Modell hingegen nimmt das Umfeld von Menschen mit Behinderungen in das

Zentrum der Diskussion und betont die Bedeutung des behindernden gesellschaftlichen Kontexts, in dem behinderte Menschen leben (vgl. Naue 2005: 8). Behinderung nicht bloß als körperliches Merkmal einer Person zu sehen, sondern als sozial konstruiert zu verstehen, ist die Voraussetzung dafür, dass behinderte Menschen als Minderheit sichtbar werden.

Ob auf die Person und deren Körperlichkeit oder auf das gesellschaftliche Umfeld fokussiert wird, ist nicht bloß eine Definitionsfrage, sondern hat weit reichende Auswirkungen auf sozio-politische Praktiken, die sich auf Behinderung und behinderte Menschen beziehen und auf deren Leben auswirken. Diese Praktiken, die Ausdruck ungleicher Machtverhältnisse sind, ziehen wesentliche ökonomische, politische und soziale Konsequenzen nach sich (vgl. Wendell 1996: 23), die unter anderem dazu führen, dass behinderte Menschen diskriminiert und unterdrückt werden und diese Diskriminierung nicht als solche „verstanden“ und betrachtet wird. Während also im eingangs erwähnten Beispiel die körperliche Beeinträchtigung des behinderten Menschen zwar die Mög-

lichkeiten seiner Aktivität einschränkt, ist diese Beeinträchtigung jedoch nicht für die Behinderung dieser Person konstituierend (vgl. Thomas 2002: 43). Diskriminierung ergibt sich in diesem Kontext aus dem Fokus auf das Individuum und seine „Unfähigkeit“, eine Aktivität oder Tätigkeit auszuführen – ein Fokus, der davon ablenkt, dass diese „Unfähigkeit“ durch eine gesellschaftlich bedingte, ungleiche Ausgangsbasis im Sinne eines auf behinderte Menschen bezogenen „minority-group model“ (vgl. Hahn 2002: 171) hervorgerufen wird.

#### Behinderung und Diskriminierung

Seit vielen Jahren setzen sich Behindertenorganisationen weltweit dafür ein, dass in den jeweiligen Staaten effektive Anti-Diskriminierungsgesetze formuliert und in Kraft gesetzt werden, die es ermöglichen, soziale Ungleichheiten, die behinderte Menschen betreffen, zu beseitigen oder zumindest zu mildern. Als in diesem Kontext wegweisend gilt der *American with Disabilities Act* (ADA) des Jahres 1990, auch wenn aus amerikanischer Perspektive etliche Kritikpunkte daran formuliert wurden (vgl. Center & Imparato 2003). So werden etwa die im ADA angewandte Definition von Behinderung und die daraus resultierende rechtliche und politische Praxis ebenso wie mangelnde Durchführungsmechanismen und die beschränkte Auswirkung auf die Arbeitssituation behinderter Menschen kritisiert.

In Österreich ist mit 1. 1. 2006 nach etlichen Jahren der Diskussion um die Formulierung eines derartigen Anti-Diskriminierungsgesetzes das so genannte Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz (BGStG; BGBl. I Nr. 82/2005) in Kraft getreten. Nicht nur der Inhalt dieses Gesetzestextes soll künftig dazu beitragen, dass in Österreich Diskriminierung aufgrund einer Behinderung beseitigt oder minimiert wird. Auch der Entstehungsprozess des Gesetzes an sich kann als wichtiger Beitrag dazu verstanden werden, Diskriminierung in Bezug auf behinderte Menschen zu reduzieren: Die Beteiligung diverser Behindertenorganisationen am Prozess der Gesetzgebung zeigt, dass sich einiges im Verhältnis der beteiligten Akteursgruppen im Policymaking in Bezug auf Fragen von Behinderung verändert hat. Die Gewichtung unterschiedlichen Wissens verschiedener Akteursgruppen bezüglich Behindertenpolitik hat sich insofern gewandelt, als behinderte Menschen ihre Erfahrungen sowie ihr Wissen einbringen konnten.

So wurde im Zuge dieser Einbindung von Betroffenen im Juni 2003 der Entwurf des *Forum Gleichstellung*, einem Zusammenschluss von ExpertInnen in Sachen Behindertengleichstellung (Krispl 2002), als Basis des Entwurfs jener Arbeitsgruppe der Bundesregierung im Bundeskanzleramt (Verfassungsdienst) herangezogen (Krispl 2003), die für die Erarbeitung eines Behindertengleichstellungsgesetzes gebildet worden war. Nichtsdestoweniger verlief die Einbindung von Behindertenorganisationen in den Gesetzgebungsprozess letztlich eingeschränkt partizipativ. So wurde im Herbst des Jahres 2003 seitens des Sozialministeriums festgehalten, dass der offizielle Ministeriumsentwurf ohne weitere Mitarbeit behinderter Menschen vorstatten gehen sollte (vgl. Ladstätter 2003). Zwar versuchte unter anderem das *Forum Gleichstellung*, durch Stellungnahmen den endgültigen Text des BGStG noch zu beeinflussen; letztendlich blieben aber die Abänderungsvorschläge mehr oder weniger unberücksichtigt (Forum Gleichstellung 2005). Auch in Analogie zur Kritik am ADA 1990 bleibt für das neue BGStG vorläufig offen, in welchem Ausmaß dieses Anti-Diskriminierungsgesetz tatsächlich soziale Ungleichheiten, die behinderte Menschen betreffen, beseitigen oder verhindern kann.

#### Gleichstellung statt Gleichbehandlung

Ebenso wie die Kritik an der Definition von Behinderung im ADA 1990 stellt auch jene Kritik an den Entwürfen und der

Endversion des BGStG keine „rhetorische oder Geschmacksfrage“ (Forum Gleichstellung 2004) dar, sondern betrifft unmittelbar rechtliche und politische Praktiken in Bezug auf Behindertenpolitik. Denn ob beispielsweise das Wort „Gleichbehandlung“ anstelle des Wortes „Gleichstellung“ (vgl. Forum Gleichstellung 2004) im Gesetzestext verwendet wird, hat ebenso weit reichende Auswirkungen wie die Frage, wer als behinderter Mensch definiert wird und sich somit auf der Basis dieses Gesetzes gegen Diskriminierung wehren kann.

Während Ministerin Ursula Haubner und Staatssekretär Sigisbert Dolinschek darauf hinwies, dass behinderte Menschen „durch das Behindertengleichstellungsgesetz endlich jene Anerkennung und Gleichstellung, die ihnen zusteht, um ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen“, bekämen (BMSG 2005), war bereits im Vorfeld der Nationalratssitzung im Juli 2005 mehrfach Kritik am BGStG formuliert worden.

Die Kritik bezog sich vor allem darauf, dass die Diskriminierung behinderter Menschen durch das Gesetz nicht beseitigt werden könne, wie dies etwa unzureichende Bestimmungen zur Barrierefreiheit zeigen würden (Österreich für Behindertenrechte 2005). Diese und weitere Kritikpunkte am BGStG, die von Behindertenorganisationen vorgebracht wurden, führten dazu, dass nach dem 6. Juli 2005, an dem das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz im Nationalrat ohne Einbeziehung der Abänderungsanträge beschlossen wurde, seitens behinderter Menschen Enttäuschung über die Formulierung des Textes und dessen zu erwartende Auswirkungen ausgedrückt wurde. So stellt etwa Theresia Haidlmayr (Behindertensprecherin der Grünen) fest: „Mit diesem Gesetz kann das Recht auf Gleichstellung behinderter Menschen nicht wirklich durchgesetzt werden“ (Grüne 2005).

#### Ein Anfang, kein Schlusspunkt

Der Anspruch des Bundes-Behindertengleichstellungsgesetzes, die Diskriminierung behinderter Menschen zu beseitigen oder zu verhindern und damit die gleichberechtigte Teilhabe von behinderten Menschen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbst bestimmte Lebensführung zu ermöglichen, ist in § 1 des Gesetzes festgeschrieben. Um diesem Anspruch auch aus Sicht behinderter Menschen gerecht werden zu können, werden eine Reihe von Verhandlungen, etliche Änderungen sowie auch ein Bündelgesetz notwendig sein, in dem diskriminierende Teile anderer Gesetze

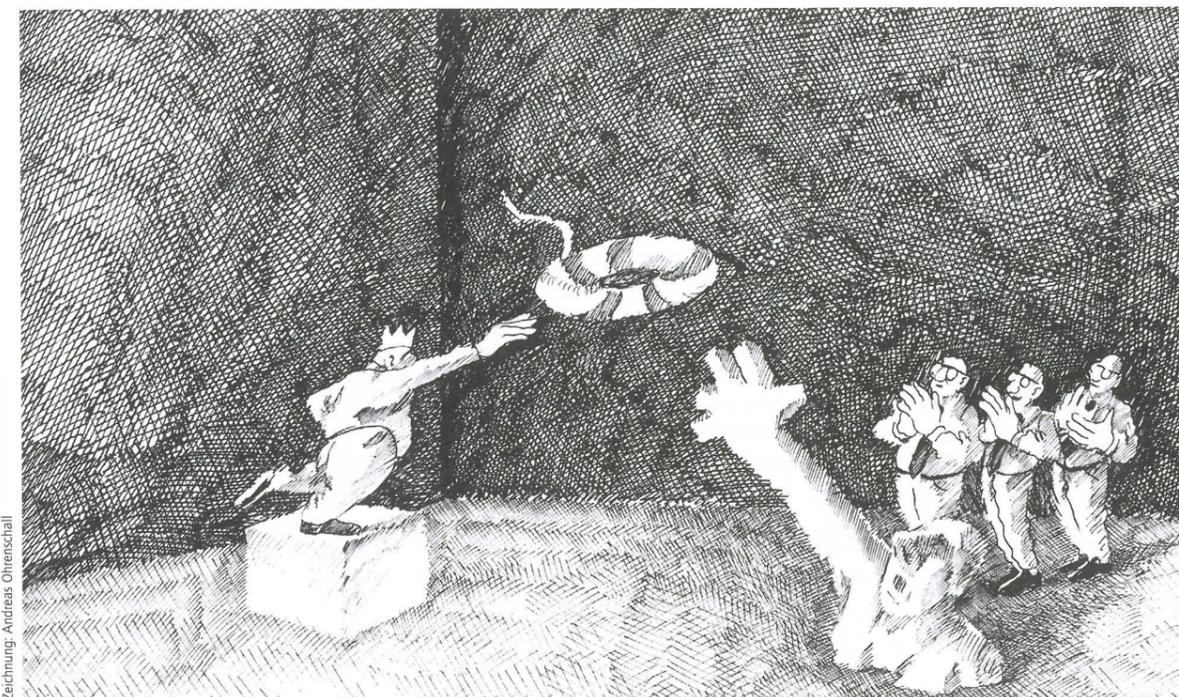
beseitigt werden. Wie Michael Landau (*Caritas Wien*) festhält: „Es geht um Rechte, nicht um Mitleid“ (Caritas 2005), in deren Kontext eine barrierefreie und nicht-diskriminierende Umwelt tatsächlich durchgesetzt werden kann.

#### Literaturliste:

- BMSG (2005): *Haubner/Dolinschek: Behindertengleichstellungsgesetz passiert Verfassungsausschuss*. <http://www.bizeps.or.at/news.php?nr=6114>
- Caritas (2005): *Landau zu Behindertengleichstellungsgesetz: Muster mit Schönheitsfehlern*. <http://www.bizeps.or.at/news.php?nr=6132>
- Center, C. & Imparato, A. J. (2003): *Redefining „disability“ discrimination: A proposal to restore civil rights protections for all workers*. *Stanford Law & Policy Review*, 14, pp. 321-345
- Forum Gleichstellung (2004): *Stellungnahme des Forum Gleichstellung*. 24. März 2004. [http://www.gleichstellung.at/ag/texte/forum\\_stell\\_040324.doc](http://www.gleichstellung.at/ag/texte/forum_stell_040324.doc)
- Forum Gleichstellung (2005): *Stand der Gesetzgebung: Behinderten-Gleichstellungsgesetz*. <http://www.gleichstellung.at/ag/index.php?auswahl=F>
- Grüne (2005): *Haidlmayr enttäuscht über schwaches Behindertengleichstellungsgesetz*. <http://www.bizeps.or.at/news.php?nr=6139>
- Hahn, Harlan (2002): *Academic Debates and Political Advocacy: The US Disability Movement*. In: Colin Barnes, Mike Oliver and Len Barton (eds.): *Disability Studies Today*. Polity Press: Cambridge: 162-189
- Krispl, M. (2002): *Die erste Plenartagung des „Forum Gleichstellung“ fand am 25. September in Wien statt*. <http://www.gleichstellung.at/news.php?nr=129>
- Krispl, M. (2003): *Wird 2004 das Geburtsjahr des Österreichischen Behindertengleichstellungsgesetzes?* <http://www.gleichstellung.at/news.php?nr=4810>
- Ladstätter, M. (2003): *Der schwierige Weg zu einem Behindertengleichstellungsgesetz*. <http://www.gleichstellung.at/news.php?nr=4675>
- Naue, Ursula (2005): *Biopolitik der Behinderung: die Macht der Norm und des „Normalen“*. *Politix* 19/2005: 7-12. <http://www.semiosis.org/philosophie/politix19-2004>
- Österreich für Behindertenrechte (2005): *Behindertengleichstellung: Diskriminierungen prolongiert*. <http://www.bizeps.or.at/news.php?nr=6107>
- Thomas, Carol (2002): *Disability Theory: Key Ideas, Issues and Thinkers*. In: Colin Barnes, Mike Oliver and Len Barton (eds.): *Disability Studies Today*. Polity Press: Cambridge: 38-57
- Wendell, Susan (1996): *The Rejected Body. Feminist Philosophical Reflections on Disability*. Routledge: New York - London

Ursula Naue

ist Politikwissenschaftlerin, Lektorin und Mitarbeiterin des vom Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank geförderten Projekts „Behinderung, Identität und Politik“ am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.



Zeichnung: Andreas Ohrenschaal

An Veronika Nitsche und Edin Prnjavorac, ihren „echtgenot“ (Ehemann)

Meine Lieben!

Schade, dass wir jetzt nicht alle beisammen sind, aber ich fühle mich hier auch sehr beheimatet, außerdem haben wir endlich den „Dankbaren Weg“ auf „meiner“ Insel Burgaz fertigzustellen. Mit der zweiten Station, „Jesus nimmt das schwere Kreuz auf sich“, komme ich gleich zum Thema: Fritz Habegger, Partner bei diesem jahrelangen Projekt, gelang es, meine Idee einer Metapher des „Kreuzes“ eindrucksvoll zu realisieren, nämlich als Bündel, als schwere Last, und auch als Hinweis auf Flucht, Migration. Zuerst dachte ich an einen übervollen, alten, mehrfach verschnürten Koffer in Beton, jetzt ist es das „Pinggerln“, die Verkleinerungsendung trägt, das Bündel ist schwer, es wird einem kaum gelingen, es allein zu tragen – was auch gesagt werden wollte! Es mag vielleicht verwundern, dass wir einen Kreuzweg in einem islamischen Land machen, aber auch das: Ich wurde heute früh, da ich in Istanbul übernachtete, von Glocken der nahen St. Paulskirche geweckt, und wenn ich auf der Fußgängerzone im Zentrum unterwegs bin mit Tausenden von schau- und kaufstigen Spaziergängern, komme ich an einigen christlichen Gotteshäusern verschiedener Bekenntnisse vorbei, an zwei Synagogen schon auf dem Weg hierher – und an einem Derwischkloster.

Immer wieder kommt hier das Gespräch auf die EU, auch auf Islam und Christentum, sei's mit einem Taxifahrer oder bei anderen zufälligen Begegnungen. Ich muss feststellen, dass ich den Stil der Auseinandersetzung mit diesem in Europa heiklen Thema lieber nicht vergleichen will, wie man sich nämlich bei uns darüber äußert, wie überhaupt die Debatte über Ausländer, speziell Moslems, mit negativen Vorurteilen und Ängsten gespickt scheint. Von Brüderlichkeit, „hoşgörü“, gegenseitigem Respekt, und einem gemeinsamen Gott ist hier die Rede. Ich erlebe einen toleranten Islam, wie auch in Deinem Elternhaus in Visoko/Bosnien, lieber

Edin. Auch in der Türkei bin ich niemals so-bös-geannten „Islamisten“ begegnet, Fanatikern also, wie sie die meisten Medien in Europa anscheinend mit lauten Schlagzeilen und schreienden Fotos so sehr „lieben“, Verrückte, Fehlgeleitete, die sich und Andere töten, im irrigen Glauben, damit den Willen Allahs bzw. Mohammeds zu erfüllen. Ich bin auch nie Sympathisanten solcher Aktivitäten begegnet. Natürlich gibt es sie, davon „leben“ ja viele Medien, verursachen Fremdenhass und bedienen üble Vorurteile.

Wer am 26. 10. 2004 und in einer Wiederholung 2005 auf Ö1 die Äußerungen von Österreichern zu Ausländern, speziell Moslems gehört hat – mag sein, dass einige ziemlich „blau“ waren –, wird verstehen, dass ich mich ob dieser sprachlichen Auslassungen geschämt habe, Österreicher zu sein und das Wort „Sch...“ aus meinem Wortschatz gestrichen habe!

Mir liegt eine anonyme (!) Postkarte (Porto 5,- S) an die Volksschule Zams vor, in der in heftiger Kreuzzugsmentalität das Heilige Land Tirol aufgerufen wird, schleunigst etwas gegen die Landnahme durch Moslems zu unternehmen. „Das katholische Tirol kann niemals für den Islam neues Siedlungsland sein. ... Würden die Mohammedaner nicht restlos gehen, würden wir mit folgenden Phänomenen zusammenleben müssen: Dutzende Moscheen, Vielweiberei, orientalische Bevölkerungsexplosion, Beschneidung, Amputation der Hände für Obstdiebstahl, Schächtung, Todesurteil für blasphemische Äußerung, Auspeitschung ...“ und dergleichen Blöðheiten mehr. Als Türkeiliebender werde ich häufig um meine Meinung gefragt: Ich bin stolz auf Telfs, dass es dort möglich wird, ein Minarett zu errichten, auch auf die katholische Kirche, die den Bau befürwortet. Zu den Skandalen im Zusammenhang mit den Mohammed-Karikaturen: Viele bei uns verstehen die Aufregung nicht, weil sie nicht wissen, dass die Darstellung Mohammeds

schon seit Jahrhunderten nur ohne Gesichtszüge, ein weißes Oval, möglich ist. Wird nun der Prophet Mohammed aber grob karikiert und noch dazu als Attentäter, liegen wirklich böse Verstöße vor: der eine ein schwerer Tabubruch und Beleidigung religiöser Gefühle, der zweite die üble Verleumdung, den Islam mit Terrorismus gleichzusetzen, wie es ja auch das Wort „islamistisch“ tut. Gewaltakte lehne ich selbstverständlich ab, wie auch die jüngsten bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen zwischen Schiiten und Sunniten. Dabei gibt es Gruppen von Muslimen, die sich entschuldigen wollen, dass es bisher nicht gelungen ist, den Islam so zu verwirklichen, dass er ein menschliches Gesicht erhielt und nicht Angst verursacht. Es gibt ein muslimisches Institut für Dialog und Frieden, mit Sitz in Wien und Innsbruck. Diese Initiative lud letzten Herbst zur Zeit des Ramadan im Innsbrucker Hilton zu einem feierlichen Iftar-Essen ein. Eingeladen waren neben Moslems Juden und Christen; und jede Religion war mit hohen geistlichen Repräsentanten vertreten, die das Tischgebet sprachen. Und es wurde noch von verschiedenen interreligiösen, -kulturellen Aktivitäten und Projekten berichtet. Ein ergreifender Abend, und meine Hoffnung auf eine friedlichere Zukunft erhielt Aufwind.

Lieber Edin, der Kärntner Ortstafelskandal ist auch etwas, das meinem Österreichtum weh tut. Zum Glück hat das Land Kärnten aus „Budgetkonsolidierungsgründen ... bei aller Wertschätzung Ihrer Arbeit“ (etwa wörtlich, wie auch beim letzten Ansuchen, für „heimat“) eine Unterstützung für „SÜDOSTWIND“, unsere Anthologie der Migration aus den Balkanländern, abgelehnt; ich hätte mich geschämt angesichts der politischen Situation dort, Kärnten als Förderer, noch dazu in diesem Buch, anzugeben.

Bis bald, diese Ostern in Istanbul! Liebe Grüße, die besten Wünsche zu Eurem zweiten Hochzeitstag und zur neuen Wohnung, Gerald Kurdoğlu Nitsche



Foto: stockexchange

Global Fire – Synthese von Theorie und Praxis

9. Internationale Karibik-Konferenz in Wien

Karin Bischof

Bereits zum dritten Mal fand am Wiener Institut für Kultur- und Sozialanthropologie die insgesamt 9. Internationale Karibik-Konferenz der Society for Caribbean Research statt. Vom 1. bis 4. Dezember 2005 trafen internationale VertreterInnen verschiedener Wissenschaftsdisziplinen und AkteurInnen aus Kunst, Musik und Kultur unter dem Titel „GLOBAL FIRE – Music, Literature, Arts and Philosophy out of the Caribbean“ zusammen.

Einer der Hauptredner, Edward Baugh (University of the West Indies, Jamaika), Experte für anglophone karibische Poesie, versuchte in seiner Rede, „die Verortung der karibischen Identität“ zu fassen. So erläuterte er, mit dem karibischen Raum sei weniger ein begrenztes geografisches Gebiet als ein kultureller Raum, eine von Individuen, Gruppen und Nationen geteilte, im Prozess befindliche und diverse Identität, gemeint.

Reggae: Stimme des Widerstands

Die vielseitigen Ausdrucksformen karibischer KünstlerInnen weisen auf politische, soziale, ökonomische und ökologische Spannungsfelder hin und spiegeln Phänomene wie Transkulturation, Kreolisierung und Hybridisierung wider. Zahlreiche KünstlerInnen innerhalb und außerhalb des karibischen Raumes haben so wesentlich zur Schaffung einer „karibischen Identität“ beigetragen. Diese kritisch zu beleuchten und zu hinterfragen war eines der zentralen Konferenzthemen. Die unterschiedlichen Konferenzbeiträge zeigten, dass „das Karibische“ global und lokal divers wiedergegeben, interpretiert und weiterentwickelt wird, aber (un-)mittelbar mit der grausamen Geschichte der Versklavung, Kolonialisierung, Diaspora und dem Widerstand gegen Unterdrückung und Rassismus zusammenhängt.

Karibische Kunstformen können mitunter als globale Stimmen des Widerstands und der Selbstbestimmung verstanden werden, die in lokalen Kontexten unterschiedlich interpretiert werden. Jesus Mosokwe, alias Steppin Jesus, Reggae-Künstler und politischer Aktivist aus Botswana, vermittelte den KonferenzteilnehmerInnen beispielhaft wie politischer Kampf gegen Unterdrückung

und die Philosophie der Rastafari-Bewegung in seiner Musik zusammenfließen. Steppin Jesus war nicht nur als Vortragender geladen, sondern trat in beeindruckender Art und Weise am zweiten Konferenzabend im Reigen auf – Unterstützung bekam er dabei unter anderem von den Mitgliedern der Wiener Reggae-Gruppe Cheesevibes. Beeinflusst von jamaikanischen Musikern wie Bob Marley und Peter Tosh konfrontierte Steppin Jesus das Publikum mit Songtexten über Themen wie Armut, AIDS und Sklaverei sowie den Missständen der Regierung Botswanas.

Die sozialpolitischen Funktionen von Reggae-Musik in lokalen Kontexten zeigten zwei weitere Konferenzbeiträge österreichischer WissenschaftlerInnen: Martina Mathe hat zur Bedeutung von Samba-Raggae in Salvador (Brasilien), im Zusammenhang mit der Stärkung der Identität von Afro-BrazilianerInnen, gearbeitet. Als Blocos Afros bekannt, machen Afro-BrazilianerInnen nicht nur auf ihre gemeinsame Herkunft und Geschichte aufmerksam, sondern setzen ihre Musik – eine spannende Mischung aus Reggae-Beats und Sambaklänge – und Texte ein, um gegen Unterdrückung und Rassismus in Brasilien anzukämpfen.

Auch die musikalischen Interpretationen von Reggae durch einzelne Maori-Gruppen Neuseelands verdeutlichen, wie karibische Kunst Selbstbestimmung und Widerstand in geografisch und kulturell diversen Zusammenhängen zu transportieren vermag. Martina Berg forschte in Neuseeland und brachte unter anderem Beispiele, wie globale „Codes“ der karibischen Kunst im weiteren Sinn auf lokale soziale, ökonomische und ökologische Spannungsfelder antworten: Lyrics des weltweit als Reggae-Musiker bekannten Bob Marley werden in lokalen Maori-Sprachen wieder aufgenommen; das Cover einer CD zeigt Bob Marley schemenhaft mit traditionellen Maori-Tätowierungen. Bob Marley, seines Zeichens „karibischer Hero“, wird sowohl in Neuseeland als auch in Brasilien als politischer Aktivist verstanden und interpretiert.

Eine Österreichpremiere

Ein weiteres Highlight der Konferenz war

die Österreichpremiere der kubanischen Filmemacherin Gloria Rolando, die im Rahmen der Konferenz und auch im Top-Kino Wien einen Auszug ihres Schaffens präsentierte. Mit ihren Filmen will Gloria Rolando die Geschichte ihrer Ahnen, die Geschichte der afrikanischen Diaspora, die oft vergessen oder aus einer eurozentrischen Perspektive wiedergegeben wurde, aufzeigen und erinnern. Dazu nutzt sie die expressive Macht des Dokumentarfilms.

So gelang es im Rahmen der Konferenz, Kunstformen aus dem karibischen Raum auch für Interessierte jenseits der Wissenschaft zugänglich zu machen. Die Konferenz war beispielhaft für einen interdisziplinären



Steppin Jesus in Performance

Austausch auf internationalem Niveau, der entgegen ethnozentristischer Praxis den AkteurInnen selbst Raum geboten und so eine spannende Synthese aus Theorie und Praxis geschaffen hat.

Weitere Informationen zur Konferenz: [www.univie.ac.at/caribbeanconference](http://www.univie.ac.at/caribbeanconference)

Karin Bischof, Diplomandin der Kultur- und Sozialanthropologie, Mitarbeiterin von ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit.

## Friedenskundgebung in Innsbruck

Knapp 200 Menschen hatten sich am Freitag, 10. Februar 2006, in Innsbruck zu einer Friedenskundgebung versammelt. Die Demonstration war eine Reaktion auf die Entwicklungen und Gewalteskalationen rund um die Mohammed-Karikaturen. „Für ein friedliches Zusammenleben und gegen Provokation und Gewaltakte!“ – so lautete das Motto der Kundgebung auf dem Franziskanerplatz. Organisiert wurde sie von verschiedenen Tiroler Organisationen, Initiative Minderheiten, Caritas, Haus der Begegnung und Friede – Institut für Dialog.

Patrick Nenning von der *Christlich-Muslimischen Dialoggruppe* sagte, es gehe darum, ein Zeichen zu setzen, dass viele Muslime, Christen und nichtreligiöse Menschen ein friedliches Miteinander ohne Provokationen wollen. Kritik sei gut, aber sie solle respektvoll und nicht herabwürdigend sein. Muslime sind das Feindbild Nummer eins in Westösterreich, so Nenning. Auch Jussuf Windischer, Leiter des *Caritas-Integrationshauses*, bekräftigte die ängstliche Stimmung in Tirol, welche sich auch im Streit um den Bau eines Minarets in Telfs bemerkbar machte. Yeliz Dağdevir von der *Initiative Minderheiten* betonte, dass das Ziel des Dialogs die Begegnung von gleichwertigen BürgerInnen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund sein müsse. Durmuş Gamsiz vom Institut *Friede* erklärte, dass der Karikaturenstreit einen dunklen Schatten über die zahlreichen positiven Begegnungen im interkulturellen Dialog geworfen habe. Der Referent der Diözese Innsbruck, Oscar Thomas Olalde, brachte die Kritik der Diözese zur Sprache.

Das Anliegen bestand darin, dass die muslimischen Stimmen, die sich gegen jegliche Form von Gewalt und für einen respektvollen Dialog in der Öffentlichkeit aussprechen, wahrgenommen werden. Meinungsfreiheit als wertvolles Gut einer Demokratie, jedoch

ohne Provozierung der Minderheiten, war die Botschaft. Die Organisatoren lehnten den so genannten Kampf der Kulturen als naturgegeben ab und bezeichneten ihn als politisch motiviert. Die MuslimInnen in Dänemark wurden monatelang provoziert, ihre friedliche Kritik an der Herabwürdigung des Propheten zum Terroristen wurde ignoriert. Die gewalttätigen Reaktionen seitens mancher MuslimInnen sind dennoch klar und eindeutig zu verurteilen und in keinsten Weise mit dem Islam zu rechtfertigen. Sie sind unislamisch, undemokratisch und menschenunwürdig.

„Gewalt darf niemals ein Mittel der Konfliktlösung sein. Meinungsfreiheit ist ein wertvolles und fundamentales Gut einer Demokratie. Jedoch sollte der Umgang mit Menschen anderer Kulturen und Religionen sensibler und in Achtung und gegenseitigem Respekt erfolgen. Die Veröffentlichung solch verletzender Karikaturen war und ist ein Beitrag zu Unfrieden und Intoleranz. Jede und jeder ist gefordert, selbstkritisch bei sich selber anzufangen und einen Beitrag zu einem fairen und friedlichen Miteinander, zu Verständnis und Versöhnung zu leisten“, so die OrganisatorInnen.

Die Friedenskundgebung dauerte eine Stunde und endete mit der Verteilung der Süßpeise „Aschura“, angesichts des muslimischen Feiertages als Zeichen für Dialog und Solidarität. Auch Bischof Manfred Scheuer und die *Israelitische Kultusgemeinde* unterstützten die Friedenskundgebung.

Yeliz Dağdevir

diesen Preis aber nicht nur als Wertschätzung unserer Arbeit. Ohne allzu pathetisch klingen zu wollen, kann dieser Preis wohl auch als Auszeichnung für alle freien Radioinitiativen gesehen werden, die der weltberühmten österreichischen Medienkonzentration kritisch entgegenarbeiten.“

*Radio Stimme* ist jeden zweiten Donnerstag um 13.00 Uhr auf der Frequenz von *Orange 94.0 – Das Freie Radio in Wien* zu hören. Darüber hinaus ist es auch in Linz auf *Radio FRO* (So., 11.00 Uhr), in Innsbruck auf *FREIRAD* (Do., 12.00 Uhr), in Kärnten auf *AGORA* (Do., 19.00 Uhr) sowie in Graz auf *Radio Helsinki* (Sa., 19.00 Uhr) zu empfangen. Sämtliche *Radio Stimme*-Sendungen stehen überdies im digitalen Audioarchiv jederzeit zum Download und als Stream zur Verfügung: [www.initiative.minderheiten.at](http://www.initiative.minderheiten.at).

Wir gratulieren sehr herzlich!

red

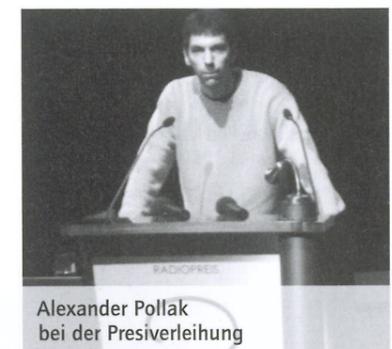
## „Radio Stimme“ ausgezeichnet

*Radio Stimme* – Die Sendung der *Initiative Minderheiten* wurde mit dem 8. Radiopreis der Erwachsenenbildung 2005 in der Sparte „Interaktives/Experimentelles“ ausgezeichnet. Prämiiert wurde der Beitrag „Das Gedenk-/Dank-/Gedanken-Jahr 2005“ von Alexander Pollak (die Text-Fassung der Sendung finden Sie als „Nachlese“ in der *STIMME* Nr. 54/Frühjahr 2005).

Für die diesjährige Preisvergabe wurden in den vier Kategorien 59 Produktionen eingereicht. Davon kamen 31 vom ORF und 28 aus sechs privaten Radiosendern. Ausgezeichnet wurden drei Sendungen des ORF (Ö1, FM4) und eine von *Orange 94.0*. Der Jury gehörten VertreterInnen der Volksbildungseinrichtungen, des Bücherei-Verbands, des WIFI und JournalistInnen an.

Die Verleihung fand am 17. Jänner 2006 im *RadioKulturhaus* statt.

In einem Dankeschreiben hat das *Radio Stimme*-Team auf die politische Relevanz des Preises hingewiesen: „Wir empfinden



Alexander Pollak bei der Preisverleihung

Fotos: IM, Gerd Velchairs

## ruhe.los in den Kultursommer 2006

### Viertelfestival Niederösterreich im Waldviertel

Das *Viertelfestival Niederösterreich* macht mit insgesamt 79 Projekten vom 12. Mai bis 17. September Station im Waldviertel.

Selbstbewusstsein und Identität sind die großen Themen des Festivals, das heuer unter dem Motto „ruhe.los“ steht. Es geht um das kulturelle Potenzial aus der Region, um Menschen, die in ihrem direkten Lebensumfeld künstlerische Interventionen setzen; es geht um eine aktive Auseinandersetzung mit den eigenen Lebensumständen jenseits aller idyllischen Verharmlosung des Landlebens, aber auch frei von der österreichischen Krankheit des ständigen Jammerns über vermeintliche oder tatsächliche Benachteiligungen. Leistungsfähigkeit und kreative Originalität von KulturanbieterInnen, die – zumeist nebenberuflich – die kulturelle Nahversorgung für Hunderttausende gewährleisten, stehen hier im Vordergrund. Zwei der Projekte befassen sich explizit mit marginalisierten Bevölkerungsgruppen und Minderheiten:

#### Raddar. Mobile für Schlagzeug, Stimmen und Suchscheinwerfer

Konzertante Musikperformance mit Hörspiel & Film, Uraufführung  
Termine: 8. & 16. Sept. 2006, jew. 20 Uhr  
Ort: Kino Failler, Drosendorf  
Projekt von: *Afro/päisches Theater Wien* in

Zusammenarbeit mit *Filmclub Drosendorf*

Ausgangspunkt der Musikperformance „Raddar“ sind drei Migranten, die aus verschiedenen Regionen der Welt aufgebrochen sind. Ihr Ziel: ein besseres Leben in der Festung Europa. Jeder der drei hat seine persönliche Reisegeschichte, die mehr oder weniger einer Odyssee quer durch Kontinente, Bürokratien-Dschungel und Warteräume gleicht. Wie mit einem Radar-Schirm werden ihre Geschichten und Erfahrungen, ihre Träume und Gefühle abgetastet. Das Ergebnis dieser Ermittlungen wird man an zwei September-Abenden in Form eines „Mobiles für Schlagzeug, Stimmen & Suchscheinwerfer“ mit Filmen und Musik, einer Bühnenperformance und einem Hörspiel erleben können.

#### Verdächtig. Eine Spurensuche

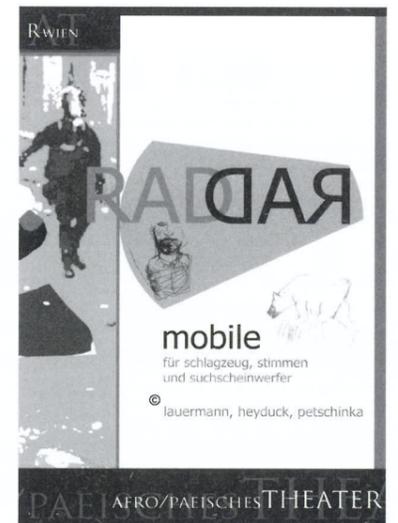
Symposium  
Termin: 8. Juli 2006, 10 Uhr  
Ort: Gasthof Failler, Drosendorf  
Projekt von: *Waldviertel Akademie* in Kooperation mit dem *Filmclub Drosendorf*  
Im Rahmen des eintägigen Symposiums „Verdächtig“ wechseln Diskussionsrunden, Autorenlesungen und Filmvorführungen zum Thema ab. Der Tag wird in einem Video dokumentiert: Die aufgeklärte westliche Gesellschaft ist eine des Verdächtigen. Verdächtig sind dabei immer die Anderen, die gekommen

sind, um uns aus unserer gepflegten Ruhe zu bringen. Damit dieser Generalverdacht aufrechterhalten werden kann, muss die Zahl der Verdächtigen möglichst groß sein, bis zuletzt als kleinster gemeinsamer Nenner nur mehr das eigene Ich überbleibt.

Die private Verdächtigung spiegelt sich in unserer Angstgesellschaft bis weit hinein in die Sphären von Politik und Verwaltung wider: Anti-Terrorgesetze, geheimdienstliche Ermittlungen, Videoüberwachung, Lausch- und Spähangriff, genetische und sonstige Fingerabdrücke. Politik, Wahlkampf, Medien und Bürger sind beherrscht vom Thema „Innere Sicherheit“.

Kontakt & nähere Informationen:  
[office@viertelfestival-noe.at](mailto:office@viertelfestival-noe.at)  
[www.viertelfestival-noe.at](http://www.viertelfestival-noe.at)

red



## Balkan Fever

### 3. Internationales Balkan Festival – Wien 2006

Vom 21. April bis 14. Mai wird Wien wieder zum Schauplatz des größten Balkan-Festivals Mitteleuropas. An sechs Veranstaltungsorten wird das diesjährige *Balkan Fever* drei Wochen lang zu hören und sehen sein.



!Deladap & Members of Besh o Drom

Der künstlerische Leiter des Festivals, Richard Schubert, beschreibt das Konzept wie gewohnt sehr pointiert: „Fernab von sozial- und kulturromantischen Projektionen, die sich gerne den ‚Wilden Südosten‘ als eine infantil-überdrehte und idyllisch-zurückgebliebene *Kusturica-World* imaginieren, möchten wir mit dem Festival ein anderes, repräsentativeres Bild vom Balkan vermitteln; als Ort ständiger kreativer Modernisierung; als Ort einer wohl einzigartigen Übertragung traditioneller Formen in Jazz; als Ort, wo völlig neue Hybride entstehen, wo Avantgarde sich durch die Kraft des Archaischen auflädt und

das Archaische noch so jung und ungestüm ist, dass es gleich einige Entwicklungsstufen überspringt.“

Das von Norbert Ehrlich organisierte Festival wartet auch heuer mit einem prominent besetzten Programm auf: Adrian Gaspar Orchestra, Nedyalko Nedyalkov, Mistakemistake, Anatol Stefanet & Trigon, !Deladap, Stenovski/Tadic/Spasov, Vasilisa, Kries, Toni Kitanovski & Cherkezi, Georgi Yanev & The Orpheus Orchestra, Armend Khaferi & Marimanga Group, Ljubinka Jokić & Otto Lechners Windhund Orchester, Nenad Vasilic Balkan Band, Lakis & Achwach und viele andere mehr.

Weitere Informationen:  
[www.balkanfever.at](http://www.balkanfever.at)

red

Fotos: KROK, !Deladap

## Minderheiten-Kriminacht

Trotz des nicht gerade idealen Termins (November!) war die Aktion „Kriminacht“ im Vorjahr ein toller Erfolg. Vor einem vieltausendköpfigen Publikum lasen 22 Schreibende – angeführt von „Commissario Brunetti“-Lady Donna Leon, Ernst Hinterberger und Alfred Komarek – in 21 Wiener Kaffeehäusern aus ihren Büchern oder Manuskripten. Die große Zustimmung seitens des Publikums legte eine Wiederholung und Ausweitung der Aktion im heurigen Jahr nahe, die noch dazu zu einem etwas günstigeren Zeitpunkt stattfinden wird: am 28. September.

Wenn es einen winzigen Kritikpunkt gab, dann diesen: Fast alle Autorinnen

und Autoren hatten sich bei der Konzeption ihres Romanhelden fast ausschließlich am „Mainstream der Normalität“ orientiert. Dabei ist es oft der „fremde Blick von außerhalb“, der Situationen und Strukturen erfasst, die der breiten Mehrheit üblicherweise verborgen bleiben.

Es muss ja nicht gerade wie beim deutsch-türkischen Schriftsteller Akif Pirinçci ein Kater Francis sein, der als Ersatz-Sherlock-Holmes auftritt und knifflige Fälle löst. Aber warum nicht mit einem/r etwas außergewöhnlichen Ermittler/in einige Farbtupfer aus dem Minderheitenbereich in das Dunkelgrau des Krimigenres bringen?

So rufen wir alle interessierten Leserinnen und Leser auf, sich an dieser Aktion zu beteiligen, bei der die STIMME als Medienpartner fungiert: Konzipieren Sie einen „Krimihelden“ aus einem Minderheitenmilieu, der sich auf die Spur eines Verbrechens heftet, und schicken Sie nach der literarischen Ausarbeitung ein Exposé sowie höchstens 30 Seiten Text bis zum 1. August 2006 an:

Wien live

Kennwort: MI-KRIMINACHT

Schottenfeldgasse 24, 1070 Wien

oder per E-mail: wienlive@echo.at

Neben einem offiziellen und beworbenen Lesetermin bei der *Kriminacht 06* am 28. September locken auch von einer Jury vergebene Kriminacht-Preise im Gesamtwert von 600 Euro.

ede

## Das Anschlagen einer tiefen Saite

coup deBam: *coup deBam*  
CD: Couch Records CR 20372  
([www.couchrecords.com](http://www.couchrecords.com))

Der Einstieg mag nun ein wenig persönlich klingen, ist aber auch so gemeint, hat mich doch seit langem keine Musik dermaßen persönlich angesprochen. Als Özden Öksüz mir im Oktober 2005 eine Demo-Version der CD gab und sagte, ich solle sie mir anhören und ihm meine Meinung sagen, war ich erfreut ob einer neuen Arbeit von ihm und Metin Yılmaz. Ich kenne diese beiden hochtalentierten Musiker seit vielen Jahren und habe stets versucht, ihren musikalischen Weg zu verfolgen: Zwei Multiinstrumentalisten, die nicht nur viele Facetten der türkisch-kurdisch-alevitischen Musiktraditionen kennen und beherrschen, sondern auch nach klassischer Musikdidaktik ausgebildete Instrumentalisten sind. Schon am nächsten Tag war ich von allen zehn Stücken auf dem Tonträger dermaßen beeindruckt, dass ich ihn fortan allen Freunden und Freundinnen vorspielte (tue ich im Übrigen heute noch).

Während ich das hier schreibe, ist die Gruppe *coup de Bam* bereits kein Geheimtipp mehr. Eine ganze Menge Besprechungen, Interviews und Konzerttermine sind im Internet zu finden, auch eine eigene Website ([www.coupdebam.com](http://www.coupdebam.com)). Und: In den

World-Music-Album-Downloads der „iTunes Music-Store UK“ belegte die CD jüngst den ersten Platz.

Özden Öksüz (Saz, Percussion, Vokal) und Metin Yılmaz (Gitarre, „Turkish Brasses“, Vokal) hatten bereits in den 90er Jahren mit Gruppen wie *MC Sultan* (weitere Mitglieder: Dzihan & Kamien) und *Eden* dazu beigetragen, einen schwer zu kategorisierenden Sound zu kreieren, den Bezeichnungen wie „World“ oder „Ethno“ ebenso wenig umschreiben wie „Acid-Jazz“ oder „Funk“. Mit dem kongenialen Keyboarder, Schlagzeuger und Producer Wilko Goriany formierten sie in Wien *coup deBam*, um diese spezielle Mischung aus melodisch und rhythmisch eindringlichen Linien und dem ruhigen, fast



räumlich fühlbaren tonalen Hintergrund fortzusetzen. So, als wolle die Formation ihrem zweisprachig zusammengesetzten Namen gerecht werden: Das lautmalerisch-türkische Wort „Bam teli“ bezeichnet die tiefste Saite der anatolischen Langhalslaute Saz – sie wird, je nach Stimmung unterschiedlich, als Bordun eingesetzt und trägt dadurch den eigentümlichen Dreiklang des Instruments. Der Sound von *coup deBam* klingt wie das Anschlagen einer tiefen Saite, einer strukturierenden musikalischen Tradition, die aber nicht starr ist, sondern sich in die Stimmung einfügen kann und eine Harmonie erzeugt – ohne jedoch die Mehrstimmigkeit zum Schweigen zu bringen.

Die – etwas verspielt-verraucht wirkende – jazzige Stimme von Barbara Bandi, die auf mehreren Tracks zu hören ist, verleiht dem Album eine besondere Note. Des Weiteren sind Madita, Cloud Tissa sowie der berühmte türkische Darbuka-Spieler Ahmet Misirli als GastsolistInnen zu hören.

Die mit elektronischen Sounds unterlegten Stücke wurden großteils mit akustischen Instrumenten eingespielt, sogar der satte Bass-Sound ertönt durchgehend aus Gerhard Gramls virtuos gezupftem Kontrabass. Englisch-türkisch gesungene Lieder (Özden Öksüz' Gesang ist einzigartig!) werden von auskomponierten Instrumentals abgelöst, die durchwegs tanzbar sind. Alles in allem: Ein Album, das der Rezensent wärmstens empfiehlt. Der Track „Esta Direcciòn“ macht zudem süchtig.

Hakan Gürses

## Verborgene Geschichte/n

Ein Projekt von WIENER MOZARTJAHR 2006

Verborgene Geschichte/n  
– remapping Mozart

Ein Ausstellungsprojekt  
in vier Konfigurationen\*

Kuratiert von

Ljubomir Bratić, Araba E. Johnston-Arthur,  
Lisl Ponger, Nora Sternfeld, Luisa Ziaja

Konfiguration II:

„Frisch zum Kampfe! Frisch zum Streite!“  
(aus „Die Entführung aus dem Serail“,  
2. Aufzug, Nr. 13 – Arie, Pedrillo)

KuratorInnen:

Ljubomir Bratić, Nora Sternfeld

Eröffnung: 3. Mai 2006

Dauer: 4. Mai – 11. Juni 2006

Das Stuwerviertel ist ein Gebiet in der Wiener Leopoldstadt, das im öffentlichen Bewusstsein vor allem mit Fragen nach Sicherheit und Ordnung in Verbindung gebracht wird. Der migrantische und österreichische Alltag in diesem Viertel ist durch die ständige Präsenz von Polizeiwagen und die nächtliche Jagd auf illegalisierte Menschen durchzogen. Es ist Schauplatz der zweiten Konfiguration des Projekts „Verborgene Geschichte/n – remapping Mozart“, in der kritische Perspektiven auf die Gesellschaft in Mozarts Zeit mit gegenwärtigen Fragen in Verbindung gebracht werden.

Ein umfassendes Programm erstreckt sich sternförmig über das Viertel. Die drei thematischen Stränge von Regulierungen, Rebellionen und Ausschlüssen geben den Leitfaden für die dabei erzählten Geschichten vor.

Eine Informationsausstellung mit Dokumenten und künstlerischen Arbeiten geht Fragen nach „Toleranz und Polizey“, nach Regulierung und Protest, nach der Produktion von „Normalität und Augrenzung“ im Österreich des „Aufgeklärten Absolutismus“ nach und untersucht, welche Rolle diese Themen bis in die Gegenwart hinein spielen. Ein Exkurs blickt über die österreichischen Grenzen hinaus und beschäftigt sich mit Formen von Revolution und Aufstand in Frankreich und San Domingo/Haiti. Die Konfiguration widmet sich dabei auch den verborgenen Geschichte/n der Produktion

der „Ungleichen“, also jenen, die bei den Gleichheitsforderungen der revolutionären Bestrebungen nicht mitgemeint sind, die nicht zur Sprache und zum Sprechen kommen. Dieses Thema nimmt auch die Filmreihe, kuratiert von Peter Grabher, auf. Die postkolonialen Theoretikerinnen Nikita Dhawan und Maria do Mar Castro Varela stellen in ihrem Vortrag „Mozart dekolonisiert. Von Kulturimperialismus und Zivilisierungsmissionen“ einen diskursiven Zusammenhang

her. Die Ausstellung „Einbahnstraße“ von Martin Krenn in der *Galerie Vor Ort* rückt gegenwärtige künstlerische Perspektiven auf Regulierung und Protest in den Blick.

\* Konfiguration I: „Wer alles zu verlieren hat, muss alles wagen!“ (Kuratorinnen: Araba E. Johnston-Arthur und Luisa Ziaja) fand bereits vom 10. März bis 18. April 2006 in der Bösendorfer Klavierfabrik statt.

Das KuratorInnen-Team



2., Engerthstrasse 200  
Stuwerviertel

Die Fassaden der Häuser erzählen nichts davon, wer in ihnen wohnt und wie in den Häusern gelebt wird. Hier lebten schon seit mehreren Generationen MigrantInnen. Jene aus Galizien wurden von denen aus der Türkei und diese wiederum von denjenigen aus Jugoslawien abgelöst. Diesen folgten diejenigen aus Algerien und Marokko, die heute noch hier sind. Unlängst gab es eine Polizeirazzia, bei der alle Eingänge im Haus blockiert wurden und die Polizisten auf Menschenjagd das Haus von Wohnung zu Wohnung durchstreiften.

Foto: Lisl Ponger

## Kein Zurück zum „präkolonialen Paradies“

**María do Mar Castro Varela/Nikita Dhawan: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung**  
transcript: Bielefeld 2005  
162 Seiten; € 16,80

Postkoloniale Studien, die sowohl den Prozess der Kolonialisierung als auch den Prozess der Dekolonialisierung und Rekolonialisierung untersuchen und militärische Besetzung bzw. Ausplünderung geografischer Territorien sowie die Produktion epistemischer Gewalt zum Gegenstand haben, existieren seit fast 30 Jahren. Nicht nur in Bezug auf diese Zeitspanne enthält das sehr empfehlenswerte Buch von María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan eine Fülle von Informationen, Ausführungen und Erhellungen, die von einer konstruktiven und sachlichen Auseinandersetzung mit der Thematik zeugen und diese ermöglichen. Die Autorinnen holen mit ihrer Publikation nach, was im deutschsprachigen Raum längst überfällig war, und tragen so bei, die Rezeption dieses komplexen, interdisziplinären Forschungsfelds voranzutreiben, indem sie es mit einer klaren und verständlichen Sprache auch jenen zugänglich machen, die sich nicht im Intern-Diskurs befinden.

Postkoloniale Theorien haben Castro Varela und Dhawan zufolge viele Erfolge vorzuweisen, sind aber gleichzeitig mit Kritiken konfrontiert. Zu ihren Verdiensten zählen unter anderem die konstruktive Kritik klassisch-kultureller Betrachtungsweisen, die Anregung politischer und wissenschaftlicher Diskussionen über Dekolonialisierungsprozesse, Widerstandskämpfe, internationale Arbeitsteilung, Globalisierung, Migration und Exil sowie Bündnispolitik. Kritische Stimmen hingegen greifen auf, dass etwa postkoloniale Theorie lediglich auf kon-

zeptuelle und kulturelle Bedürfnisse des globalen Kapitalismus und auf das Begehren westlicher Akademien reagiere oder dass häufig die Geschlechterfrage ausgeblendet würde und koloniale, präkoloniale sowie postkoloniale Heteronormativität sowohl in den Kolonien als auch in den Metropolen ignoriert würde. Sie weisen ferner auf die Gefahr hin, die Idee Postkolonialität unter Verlust ihrer Wirkungskraft als analytisches Konstrukt beliebig einsetzbar zu machen. Das Spannungsfeld, in dem sich postkoloniale Theorien befinden, greifen die Autorinnen in ihrem Buch sehr anschaulich auf und werden damit ihrer Ankündigung, eine kritische Einführung vorzulegen, mehr als gerecht: Das Buch ist kein bloßes Befeiern vorhandener Theorien, vielmehr ermöglicht es Lesenden, sich vertiefend mit unterschiedlichen Perspektiven zu diesen Theorien auseinanderzusetzen. In diesem Sinne wird auch der Widerspruch zwischen der Zielsetzung postkolonialer Theorien (z. B. die Re-Positionierung europäischer Erkenntnisssysteme, das Transparentmachen der Geschichte imperialer Interventionen und deren Folgen für die kolonialen Anderen) und der Tatsache, dass dafür westlich-akademische Theorien herangezogen werden, nicht einfach ignoriert oder aufgehoben. Denn, so die Autorinnen, „(...) ein Zurück zu einem ‚präkolonialen Paradies‘ – welches ohnehin nie existent war – kann es nicht geben“.

Das vorliegende Buch trägt seinen Titel ferner zu Recht, als es eine sprachlich angenehme und inhaltlich höchst interessante Einführung bietet. So erfahren Lesende, was unter Kolonialismus, Imperialismus und Postkolonialismus verstanden wird, was postkoloniale Theorien überhaupt sind, womit sie sich auseinandersetzen, welche (Haupt-)Richtungen es gibt oder welche Vorläufer sie haben. Ihnen wird darüber

hinaus eine brillante Einführung zu Edward Said, Gayatri Chakravorty Spivak und Homi K. Bhabha geboten, in der Konzepte wie „Orientalismus“, „Subalterne“ oder „Hybridität“ kritisch beleuchtet und insgesamt die *essentiels* dieser Theorien miteinander konfrontiert werden. Hierbei wird auch klar, welchen Stellenwert diese Konzepte in postkolonialen Studien einnehmen.

Wenngleich die Autorinnen, wie sie selbst schreiben, eine Bandbreite von Meinungen, Positionen und Perspektiven auf postkoloniale Theorien vermitteln, verhehlen sie ihre eigene Position nicht. So etwa, wenn sie schreiben: „Postkoloniale Theorie als kritische Intervention muss (...), anstatt sich dem Mainstream via Mimikry anzubiedern, widerständige Methoden, Darstellungsformen und Kommunikationsstile hervorbringen.“ Als Möglichkeit zur kritischen Intervention darf ihnen zufolge postkoloniale Theorie weder überschätzt noch als irrelevant abgetan werden. In diesem Sinne beurteilen sie auch interne Kritiken als konstruktiv. Doch gilt es, über (konstruktive) Kritiken hinaus die Beteiligung möglichst vieler an den Debatten zu fördern, damit postkoloniale Theorien nicht nur in kleinen auserwählten Zirkeln diskutiert werden oder überhaupt in Vergessenheit geraten.

Gegen die Gefahr des Vergessens schreiben die Autorinnen sehr engagiert an und lassen mit ihrem Buch keinen Zweifel an der Richtigkeit der Beurteilung von Anil Bhatti aufkommen, der formuliert: „(...) Der erfreulich kritische Ansatz des Buches dürfte zur produktiven Erweiterung dieser Theorien, besonders bei der neuesten deutschsprachigen Rezeption, beitragen.“

Gudrun Perko



## „Ich sterbe stimmlos“

Eine Anthologie mit Texten aus dem KZ Ravensbrück

**Constanze Jaiser/Jacob David Pampuch (Hg.): Europa im Kampf 1939–1944. Internationale Poesie aus dem Frauenkonzentrationslager Ravensbrück (Faksimile, Begleitband und Hör-CD)**  
Metropol Verlag: Berlin 2005  
240 und 112 Seiten; € 24,-

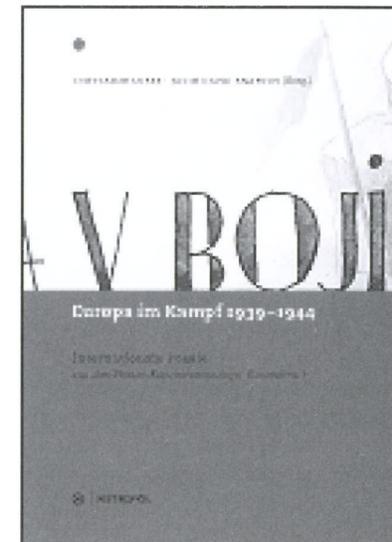
*Ich bin so müde. Das Rufen gebe ich auf. Ich sterbe stimmlos. Niemand hört meine Stimme.*

*Die Mauern stehen, sie gehen nicht auf.*  
(Zofia Górska, 1942)

Am 3. Februar 2006 wurde in Wien – in der außergewöhnlichen Vermittlungsform einer szenischen Lesung – die im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück unter lebensbedrohenden Zuständen heimlich angefertigte Sammlung von Gedichten und Widerstandsliedern unter dem Titel *Europa u Boji 1939–1944* präsentiert. Die Literaturwissenschaftlerin Constanze Jaiser und der Musiker Jacob D. Pampuch (beide aus Berlin) haben aus diesem Fund ein einzigartiges Dokument gemacht. Die 47 Selbstäußerungen in elf Sprachen, gebunden in aus der Wäscherei besorgtem Stoff, fristeten über Jahrzehnte in einer Prager Wohnung ein unbeachtetes Dasein und stehen uns nun als persönliche und kulturelle Ausdrucksformen des Nationen übergreifenden Mikrokosmos eines KZs zur Verfügung.

Die von den beiden Tschechinnen Vlasta Kládiová und Vera Hozáková zusammengestellte Anthologie wurde aus Papier und Farben, die der SS-Bauleitung entwendet werden konnten, gefertigt. Poesien aus dem KZ sind zuallererst in Schrift geformte Worte: Selbstausdruck, Protest- und Hilfeschreie, Anklagen der Verbrechen, Überlebens-Mittel. „Die Texte wurden unter Lebensgefahr am Körper, in den Holzpantinen, in Ritzen der Baracke versteckt. Sie wurden während des Appellstehens oder während der Arbeit, vor dem Einschlafen oder auf dem Weg

zur Arbeit auswendig gelernt, zusammen gesprochen, weiter gesagt, an Freundinnen zu Geburts- und Namenstagen verschenkt. Und sie bedeuteten manchen mehr als Brot: Wer nicht in der Allgegenwart von Hunger, Gewalt und Tod eines Konzentrationslagers leben musste, wird dies nie richtig ermessen können“ (C. Jaiser). Der Rahmen des Gedichts



– sich kurz zu fassen – entsprach den Bedingungen ihrer Entstehung und Verbreitung. Die Verdichtung, die Wieder(ein)holbarkeit und der dialogische Charakter von Lyrik ermöglichten es, sich als Individuum zurückzugewinnen, die Not zu benennen, die innere Erstarrung und massenhafte Einsamkeit zu überwinden, die tägliche tödliche Unsicherheit zu bewältigen.

Hannah Arendt beschreibt das KZ als die brutalste Form eines totalitären Systems, dessen Hauptmerkmale die Entindividuali-

sierung und die Entweltlichung darstellen. Das Ich dieser Weltlosigkeit zu entreißen, ist die wesentliche Bedeutung der Gedichte, die eine Ersatzexistenz der von Zerstörung Betroffenen bilden. „Sie werden zum symbolischen Ich, das aufgrund der Vernichtungsabsichten der SS bereits zum Zeitpunkt der Entstehung gar nicht mehr existieren durfte“ (C. Jaiser). Die zentralen Bildbereiche sind „Hölle“, „Heimat“, „Natur“, „Sterben“ und „Tod“. Alle diese Symboliken helfen der Aufrechterhaltung einer aufgelösten, zerstörten und dem Tod übereigneten Identität. So sind die Gedichte und Lieder nicht nach formal-ästhetischen Kriterien einzuschätzen; ihr Wert liegt in der Bezeugung „der in Ravensbrück versammelten Frauen als Vereinigung aller europäischer Kräfte gegen faschistische Unterdrückung“ (C. Jaiser). Dafür stehen sie als Kassiber – damals wie heute.

Bezeichnend für die Erinnerungs-Nonkultur ist die Tatsache, dass die Publikation nur mit Hilfe von privaten Spenden zustande kam: Es hatten sich in Deutschland keine Subventionsgeber und kein finanzierender Verlag gefunden.

Und mit Bestürzung muss für hiesige Mentalitäten der Tatbestand festgehalten werden, dass diese Veranstaltung – trotz massiver Bewerbung – lediglich von 29 Menschen präsentativ wahrgenommen wurde. Das hat mir als Einladende buchstäblich die Sprache verschlagen. Als Reflexionsangebot möchte ich deshalb mit folgenden Zitaten enden:

„Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. (...) Man spricht von drohendem Rückfall in die Barbarei. Aber er droht nicht, sondern Auschwitz war er; Barbarei besteht fort, solange die Bedingungen, die jenen Rückfall zeitigten, wesentlich fort dauern. Das ist das Ganze des Grauens. (...) Da die Möglichkeit, die objektiven, nämlich gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen, die solche Ereignisse ausbrüten, zu verändern, heute aufs äußerste beschränkt ist, sind Versuche, der Wiederholung entgegenzuarbeiten, notwendig auf die subjektive Seite abgedrängt“ (Theodor W. Adorno: *Erziehung nach Auschwitz*, in: *Stichworte. Kritische Modelle 2*. Suhrkamp: Frankfurt a. M. 1969: 85 ff).

*Ich berühre mein erstarrtes Gesicht. Ich bin so müde. Und mit klammern Herzen Verabschiede ich mich von meinem Körper.*  
(Zofia Górska)

Weitere Informationen:  
[www.ravensbrueck-gedichte.de](http://www.ravensbrueck-gedichte.de)

Birge Krondorfer

## offenlegung

gemäß §25 mediengesetz

STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) mit der grundlegenden Richtung, gemäß §2 und §3 der Vereinsstatuten die Kommunikation und das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten durch die Selbstdarstellung von Minderheiten und ihrer Organisationen, durch Interviews, Erfahrungsberichte, wissenschaftliche Beiträge, Kommentare, Buch-, Periodika- und Tonträgerbesprechungen, aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise bzw. -berichte auf medialer Ebene zu fördern. Die Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) ist Mitglied der Bürgerinitiative Demokratisch Leben (Medieninhaber) und Herausgeber der Zeitschrift. Die Finanzierung der Zeitschrift erfolgt durch öffentliche Subventionen, Mitgliedsbeiträge, Abonnements und freiwillige Spenden. Die Adressen vom Medieninhaber und vom Herausgeber sind im Impressum (S. 2) angeführt.

## Konkrete Anleitungen für eine inklusive Informationsgesellschaft

**MAINual – Handbuch Barrierefreie Öffentlichkeit. Information, Kommunikation, Inklusion**  
 Die Publikation kann bei MAIN\_Medienarbeit Integrativ (gegen Ersatz der Portokosten) bestellt werden. Blinde und sehbehinderte Personen können bei MAIN eine CD-ROM mit den Buchinhalten beziehen.  
 Tel.: (+43-1) 943 65 06  
 Fax: (+43-1) 943 65 08  
 info@mainweb.at

Barrierefreie Öffentlichkeit ist mehr als abgeschrägte Gehsteigkanten für RollstuhlfahrerInnen oder akustische Ampelsignale für sehbeeinträchtigte Menschen. Mehr auch als Sonntag-Nachmittags-Sendungen in Gebärdensprache für Gehörlose. Was alles Teil barrierefreier Öffentlichkeit sein sollte und ist, behandelt das *Handbuch Barrierefreie Öffentlichkeit* des Vereins MAIN, das 2005 erschienen ist.

Der Verein MAIN\_Medienarbeit Integrativ sieht sein Anliegen darin, „den Zugang, die Präsenz sowie die selbstbewusste und selbstbestimmte, qualitätsvolle und nicht-diskriminierende Darstellung von Menschen mit Behinderungen und anderer sozial benachteiligter Gruppen in den Bereichen Medien, Journalismus, Public Relations, Werbung, Kunst und Kultur zu fördern“. In Zusammenarbeit betroffener und nicht betroffener ExpertInnen entstand das Handbuch, das Überblick, Hintergrund und konkrete Anleitungen zur Umsetzung einer innovativen, integrativen Öffentlichkeit bereitstellt.

In zwei Teilen – „Information interaktiv“ und „Image innovativ“ – fasst das *MAINual* umfangreich und nachvollziehbar zusammen, welche Aspekte die barrierefreie Öffentlichkeit enthalten muss. Es illustriert die Alltagserfahrungen und Bedürfnisse betroffener Menschen, zeigt auf, wie andersorts Best-Practice-Modelle funktionieren, und leitet ganz konkret durch Beispiele und internationale erarbeitete Leitlinien die Umsetzung barrierefreier Öffentlichkeit an.

Waren Sie schon einmal in der Lage, eine Veranstaltung zu organisieren und haben sich darüber den Kopf zerbrochen, wie hoch

denn eine Schwelle nun sein darf, damit sie RollstuhlfahrerInnen kein Problem bereitet? Haben Sie sich gefragt, auf welche Art und Weise Sie sehbehinderten Menschen die Orientierung im Gebäude erleichtern können? Und haben Sie bei Ihrer Veranstaltung daran gedacht, für hörbehinderte Personen eine Kontaktmöglichkeit wie Fax, Mail oder SMS vorzusehen? Damit OrganisatorInnen von Veranstaltungen all die Dinge, die eine Veranstaltung für Menschen mit Behinderung zugänglich machen, in Zukunft einfach abhaken können, beinhaltet das *MAINual* eine sehr ausführliche und gut gegliederte Checkliste für barrierefreie Events. Wenn Sie eine Ausstellung planen und auch Menschen mit Behinderungen ansprechen wollen, welche Wege der Kunstvermittlung bieten sich an? Bewährte Modelle aus Museen erschließen eine Fülle an Möglichkeiten.

Wenn Sie als JournalistIn bei gewissen Formulierungen ein flaues Gefühl im Ma-



gen haben, aber nicht wissen, welche als diskriminierend empfunden werden könnten, schlagen Sie im *MAINual* nach. Wenn Sie Interviews mit Menschen mit Behinderung als unangenehm empfinden, liegt das möglicherweise an Ihrer eigenen Unsicherheit. Auch hierfür bietet das Handbuch einen Leitfaden, der hilft, Barrieren abzubauen

und den interviewten Menschen in den Vordergrund zu stellen.

Wenn Sie in Werbung und PR tätig sind, erfahren Sie, warum Menschen mit Behinderung Werbung, wie sie zurzeit ist, als entwertend und diskriminierend erleben. Sie erfahren aber auch, wie sich Bilder herstellen lassen, die dem Selbstbild behinderter Menschen entsprechen und sie authentisch darstellen. Neben informativen Texten und gut umsetzbaren Tipps bietet das *Handbuch Barrierefreie Öffentlichkeit* auch eine Fülle an Bildern, die Menschen mit Behinderung anders darstellen, als sie gemeinhin in der Öffentlichkeit dargestellt werden – interessant, mit Persönlichkeit und selbstbestimmt lebend. Das Buch wurde von ExpertInnen und KünstlerInnen verfasst und zeigt, dass für alle Menschen Nutzen aus barrierefreier Öffentlichkeit entsteht.

Das *Handbuch Barrierefreie Öffentlichkeit* richtet sich zunächst an Profis in Kunst, Kultur, Design, Journalismus und PR, die sich über Standards und Möglichkeiten integrativer und barrierefreier Öffentlichkeit informieren wollen. Es ist online auch in Gebärdensprache verfügbar und kann über die barrierefreie Website von MAIN auch als CD-Rom bestellt werden. Praktische Links, Tipps und Leitlinien, die allesamt auch auf der Website zur Verfügung stehen, unterstützen Medienprofis und MultiplikatorInnen dabei, integrative Öffentlichkeit auf dem eigenen Gebiet umzusetzen. Das Handbuch eignet sich aber auch für all jene, die etwas über die unterschiedlichen Bedürfnisse und Wahrnehmungen von Menschen mit ganz unterschiedlichen Behinderungen erfahren wollen, und für alle (behinderten und nicht behinderten) LeserInnen, die eine genaue Vorstellung davon gewinnen wollen, wie ein inklusiverer Alltag in der Öffentlichkeit aussehen kann. Das *MAINual* präsentiert klare, umsetzbare Maßstäbe für barrierefreie Informationserstellung und -vermittlung. Nicht zuletzt hat sich der Verein MAIN auch zum Ziel gesetzt, mit dem *MAINual* Bewusstsein über gesellschaftlich hergestellte Behinderungen zu schaffen und eine Öffnung medialer und kultureller Arbeitsfelder für Menschen mit Behinderung zu erreichen.

Der Verein „MAIN\_Medienarbeit Integrativ“ versteht sich als Plattform und Anlaufstelle für alle Menschen mit und ohne Behinderung, die sich für innovative, integrative und barrierefreie Öffentlichkeit interessieren. Kontakt: info@mainweb.at

Web: www.mainweb.at

Petra Pfisterer

## Im April 2006

Schwer hat man es als Vertreter einer Minderheit, wenn die Medienkommentare zum Einjahresfest der Parteigründung nur undeutlich von einem Nachruf zu unterscheiden sind. Da ist es gar kein Trost, dass es den anderen Wapplern auch nicht viel besser geht. Irgendwie ist allgemein die Luft draußen, selbst die obligaten Aschermittwochsreden waren eine matte Sache, und auch die Sonnenfinsternis war nicht das Gelbe vom Ei. Und das Fröstelwetter bleibt uns erhalten wie Wolfgang Schüssel und das Thema Vogelgrippe. Pfui Teufel, mir graust's.

Eine Zeitlang war der Genosse Rotlauf nach dem Platzen der Kärntner Chianti-Koalition wegen ein paar günstigen Meinungsumfragen ja schon recht goschert. Da ist er herumgelaufen und hat zufällig des Weges kommende Passanten mit der Frage belästigt: „Was ist der Unterschied zwischen Österreich und Israel?“ Den Kameraden Brauntresch hat schon bei der Frage ein akuter Schüttelfrost ereilt, aber auch er hat die Antwort hören müssen: „In Israel ist nur eine Schas-Partei in der Regierung!“ In der Zwischenzeit hat sich der Rotlauf aber praktisch in der Wohnung eingeschlossen und geht nicht mehr unter die Leute. Naja, vielleicht putzt er alle seine historischen Abzeichen für den 1. Mai. Oder er will nur den Leuten aus dem Weg gehen, die ihn fragen, ob er noch immer ein BAWAG-Sparbuch hat.

Apropos! Das Thema macht mich fertig und verfolgt mich regelmäßig bis in den Schlaf. Immer wieder träume ich, ich liege mit Sonnenhut und Badehose an einem karibischen Strand, schlürfe einen kühlen Drink und lausche dem Hereinbrechen der Wellen. Und auf dem Kamm der Gischt tänzeln spielerisch einige prall gefüllte Säcke, auf denen deutlich BAWAG geschrieben steht. Ich dann nichts wie rein ins Meer, strecke schon die Hände aus – und schlagartig bin ich wach und hab nichts in der Hand außer meinem gebrauchten Schnäuztuch. Wieder nichts! Und das fast jede Nacht! Ob ich mich bei der Bank um einen Direktorsposten bewerben soll? Ich würde mich auch in einen Golfclub einschreiben lassen, wenn das Bedingung ist. Wie jeder Langzeit-Arbeitslose bin ich ja recht flexibel.

Der Kommerzienrat Schwarzschanerl ist auch von seiner Partei enttäuscht, weil die in der Regierung angeblich zu wenig für die Unternehmer macht. Vor ein paar Tagen

hat er nach ein paar Viererln im Wirtshaus eine Stunde sonnig vor sich hingelächelt und immer wieder beschwörend gemurmelt: „Ex oriente lux! So g'hört's g'macht!“ Und hat dann erklärt, was er meint. Im Wiener Hotel Marriott hat der Zweite Botschaftssekretär des Jemen eine Pistole gezückt und auf einen ägyptischen Schuhputzer geschossen, weil der gerade eine Pause machen wollte. „Ausgerechnet die Kameltreiber müssen uns zeigen, wie eine leistungsorientierte Wirtschaftspolitik auszuschauen hat!“, hat der Schwarzschanerl dauernd geschrien. Koalition hin, Koalition her, da übertreibt er ein bisschen, finde ich.

Der neu zugezogene Herr Grünzinger überrascht mich etwas. Denn er beteuert immer wieder, dass er sich schon sehr auf den Besuch von George W. Bush im Juni in Wien freut, vorausgesetzt, der nimmt seinen Vizepräsidenten Dick Cheney mit und der Schüssel organisiert für die Gäste aus den USA eine große Wachteljagd mit allen Regierungsmitgliedern und der ORF-Spitze. Eine große Flurbereinigung wird das werden, beteuert er, aber ich verstehe nicht ganz, was er da und wie er das meint.

Der Kamerad Brauntresch geht auch verdrossen durch die Gegend. Er hat sich für den Posten eines Stänker-Coachs bei der FPÖ-Parteiakademie beworben, aber laut neuesten Meldungen will der Schüssel denen die Subvention sperren, und so wird wohl nichts daraus werden. Das Anti-EU-Volksbegehren, für das er gerannt ist, war auch nicht gerade ein toller Erfolg. Und gerade jetzt erst hat der BZÖ-Scheibner die zwei letzten FPÖ-Sprecher in seiner Fraktion mundtot gemacht. Ich sag zu ihm ja immer: „Brauntresch, erwache – und komm zum BZÖ!“ Aber dann droht er mir nur mit Ohrfeigen. So lässt sich das dritte Lager nicht wiedervereinen.

Und was war sonst los? Zu Jahresbeginn der riesige Karikaturenstreit. Seltsam, dass man nicht einmal eine Zeichnung des

Propheten veröffentlichen darf, während wir hartgesottene Westler locker hinnehmen, dass sogar Fotos von Vizekanzler Hubert Gorbach in Kindern zugänglichen Zeitungen erscheinen. Haben wir Humor oder einen Saumagen? Das Salzfassl ist auch wieder da, gefladert von einem Sicherheitsverkäufer, der in einem privaten Zorro-Film Regie führen und mitspielen wollte. Der Baumeister Lugner hat zum Opernball wieder eine seiner typischen blonden Silikonen eingeflogen. Den Namen Mozart kann ich schon nicht mehr hören!

Bei den Olympischen Winterspielen in Turin haben wir wieder „Ein Volk, ein Raich, ein Maier“ gespielt. Und das recht erfolgreich. Bis uns übereifrige italienische Staatsanwälte als Blutbeutelratten verdächtigt haben und uns wegen angeblichen Dopings das nationale Süppchen versalzen haben, das wir so emsig gekocht haben. In dem Punkt versteh ich den vom Schüssel abgeschmatzten Silvio Berlusconi, dass er sich von denen verfolgt fühlt. Der Berlusconi hat sich ja wie der Chef („Vor 2000 Jahren hat einer einen Grabstein verrückt, ich verrücke jetzt Ortstafeln!“) mit dem Erlöser verglichen: „Ich bin der Jesus Christus der Politik!“ Aber es hat nichts genützt, und die italienische Wahl hat gezeigt, dass „mit allen Wassern gewaschen“ noch keinen Gesalbten macht. In einem Punkt war der Berlusconi eine Enttäuschung. Ich hab erwartet, dass er nach der Verkündung des Endergebnisses seinen Safe öffnet, eine Wahlurne herausnimmt und im TV sagt: „Diese Million Silvio-Stimmen sind von besorgten Bürgern bei mir abgegeben worden, die kommen jetzt dazu!“ Angeblich plant Berlusconi als letztes Gesetz seiner Regierung eine Gefängnisreform, die es einsitzenden Politikern und Millionären erlaubt, halbwegs angenehm über die Runden zu kommen.

Bei mir ist auch nichts weitergegangen. Hoffentlich kommt bald die Elite-Uni von der Gehr – denn in Gugging kenn ich mich aus. Da müsste sich doch was finden lassen!



Erscheinungsort Innsbruck  
Verlagspostamt A-6020 Innsbruck  
P.b.b. Bürgerinitiative Demokratisch Leben/Stimme-Nr.: 58  
Aufgabepostamt A-9020 Klagenfurt  
Zul.-Nr.: GZ 02Z031717 S

Rücksendeadresse:  
Initiative Minderheiten  
Gumpendorfer Straße 15/13  
A-1060 Wien



BUNDESKANZLERAMT KUNST

